

Ministerium für Bildung,  
Jugend und Sport

LAND  
BRANDENBURG



## Vorläufiger Rahmenplan

Politische Bildung

Gymnasiale Oberstufe

Sekundarstufe II

Z-V BB  
S-5(1992)

4005.92

Georg-Eckert-Institut BS78



1 133 684 6

Ministerium für Bildung,  
Jugend und Sport

**LAND  
BRANDENBURG**



## Vorläufiger Rahmenplan

Politische Bildung

Gymnasiale Oberstufe

Sekundarstufe II

Vorläufiger Rahmenplan  
des Landes Brandenburg

Herausgeber:

Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg  
Heinrich-Mann-Allee 107, O-1561 Potsdam  
Juni 1992

Autorinnen und Autoren:

Frank Berno, Karin Kopsch, Jürgen Langer, Hans-Joachim von Olberg,  
Sibylle Reinhardt, Dirk Strotmann, Frank Wernick-Otto

Koordiniert im Pädagogischen Landesinstitut Brandenburg (PLIB),  
O-1720 Ludwigsfelde - Struveshof  
verantwortlich: Hans-Joachim von Olberg

Georg-Eckert-Institut  
für internationale  
Schulbuchforschung  
Braunschweig  
Schulbuchbibliothek

92/2799

Herstellung und Verlag:

Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH  
Karl-Liebknecht-Straße, O-1574 Potsdam, Telefon 9 76 23 01, Telefax 9 76 23 09

Z-V BB

S-5 (1992)

# Aus dem ersten Schulreformgesetz für das Land Brandenburg

## § 1 Recht auf Bildung

- (1) Jeder junge Mensch hat ein Recht auf schulische Bildung. Dieses Recht wird nach Maßgabe dieses Gesetzes durch das öffentliche Schulwesen gewährleistet.
- (2) Die Fähigkeiten und Neigungen des Kindes sowie der Wille der Eltern bestimmen seinen Bildungsgang. Der Zugang zu den schulischen Bildungsgängen steht jeder Schülerin und jedem Schüler nach Leistung und Bildungsbereitschaft unabhängig von Herkunft sowie der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Stellung der Eltern offen.

## § 2 Allgemeine Bildungs- und Erziehungsziele

- (1) Die Schule unterrichtet und erzieht junge Menschen. Sie verwirklicht die in der Landesverfassung verankerten allgemeinen Bildungs- und Erziehungsziele. Dazu gehört insbesondere die Erziehung zur Bereitschaft zum sozialen Handeln, zur Anerkennung der Grundsätze der Menschlichkeit, der Rechtsstaatlichkeit, der Demokratie und der Freiheit, zum friedlichen Zusammenleben der Völker und zur Verantwortung für die Erhaltung und den Schutz der natürlichen Umwelt sowie zu der Fähigkeit und Bereitschaft, für sich allein und gemeinsam mit anderen Leistung zu erbringen.
- (2) Die Schule achtet das Erziehungsrecht der Eltern. Sie wahrt Offenheit und Toleranz gegenüber den unterschiedlichen religiösen, weltanschaulichen und politischen Überzeugungen und Wertvorstellungen. Sie gewährt die gleichberechtigte Bildung und Erziehung hinsichtlich der Geschlechter und der kulturellen Herkunft. Sie vermeidet, was die Empfindungen Andersdenkender verletzen könnte. Keine Schülerin und kein Schüler darf einseitig beeinflusst werden.

# Verwaltungsvorschriften über die Rahmenpläne für schulische Bildung im Land Brandenburg

(Rahmenplan VV)  
vom 24. April 1992

Auf Grund der §§ 22 und 75 Absatz 4, Erstes Schulreformgesetz für das Land Brandenburg (Vorschaltgesetz-1. SRG) vom 28. Mai 1991 (GVBl. S. 116), in der Fassung des Gesetzes vom 20. Dezember 1991 (GVBl. S. 694) bestimmt die Ministerin für Bildung, Jugend und Sport:

## 1. Rahmenplan

Für den Unterricht in der Grundschule, Sekundarstufe I und Gymnasialen Oberstufe gelten die in der Anlage aufgeführten Rahmenpläne.

Die Veröffentlichung der Rahmenpläne erfolgt in den Schriften "Vorläufiger Rahmenplan" des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport.

Die Rahmenpläne werden in der Brandenburgischen Universitätsdruckerei gedruckt und können dort käuflich erworben werden (Anschrift: Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH, Karl-Liebnecht-Straße, O-1574 Golm).

## 2. Aufbewahrung

Die Vorläufigen Rahmenpläne sind in den Bestand der Schulbibliotheken aufzunehmen und dort zur Einsicht bzw. Ausleihe verfügbar zu halten.

## 3. Überleitungsbestimmung

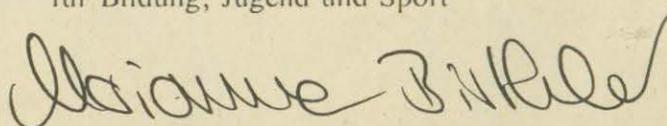
Mit dem Inkrafttreten dieser Verwaltungsvorschriften treten die entsprechende Lehrpläne, Rahmenrichtlinien, Hinweise und Empfehlungen außer Kraft, die zum Schuljahr 1991/92 durch Verwaltungsvorschrift vom 22.08.1991 in Kraft gesetzt wurden.

## 4. Inkrafttreten

Diese Verwaltungsvorschriften treten am 10. August 1992 in Kraft.

Potsdam, den 24. April 1992

Die Ministerin  
für Bildung, Jugend und Sport



Marianne BIRTHLER

Der vorliegende Rahmenplan wurde durch die im Amtsblatt des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport bekanntgemachten und vorstehend abgedruckten Verwaltungsvorschriften in Kraft gesetzt.

## Vorwort

Ein Schuljahr auf der Grundlage veränderter rechtlicher Grundlagen, neuer Inhalte und Rahmenbedingungen liegt hinter uns.

Die Arbeit mit neuen Rahmenplänen und Lernmitteln, das Erfassen und Umsetzen einer in den wesentlichen Punkten neuen pädagogischen Konzeption stellte an Lehrende und Lernende große Anforderungen. Dabei wurden beachtliche Erfolge erzielt.

Im oftmals schwierigen Schulalltag kann es allerdings durchaus geschehen, daß wichtige Grundsätze aus dem Blick geraten, daß durch die Fülle der Aufgaben und Anforderungen die Orientierung für das Wesentliche verloren geht. Deshalb ist es auch zu Beginn des Schuljahres 1992/93 sicherlich nicht überflüssig, an das, was sich bewährt hat, zu erinnern:

- Die Achtung der Würde des Kindes gebietet seine ständige Ermunterung und Befähigung zum selbständigen und eigenverantwortlichen Handeln. Dies geht nicht, ohne immer wieder erneutes Vertrauen in das Kind zu setzen und demokratische Verhältnisse an der Schule für Lehrende und Lernende zu wahren.
- Schulbildung ist als Teil einer umfassenden Menschenbildung zu verstehen und zu gestalten. In diesem Sinne ist die Schule mitverantwortlich dafür, daß möglichst alle Schülerinnen und Schüler Wesen und Wert der Demokratie begreifen, die Untrennbarkeit von Frieden und Gerechtigkeit sehen, sowie Verantwortung beim Erhalt der Natur zu übernehmen bereit sind.
- Aus diesem übergreifenden Anliegen der Schule ergeben sich Konsequenzen für die Unterrichtsgestaltung im engeren Sinne:

° Wenn Frontalunterricht schon nicht völlig vermieden werden kann, so ist er doch durch andere Lernformen zu ergänzen.

° Beim Lernen müssen Kopf, Herz und Hand der Schülerinnen und Schüler mit einbezogen werden, ansonsten laufen wir Gefahr, in die Nähe kognitiver Kopflastigkeit zu geraten, die vielen Lehrerinnen und Lehrern aus der DDR-Schule noch in ungueter Erinnerung ist.

° Leitprinzip für den Fachunterricht kann nicht das Bemühen um Einhaltung der Wissenschaftssystematik sein, sondern fächerübergreifendes Denken und Handeln sollte so gut und oft wie nur irgend möglich gefördert werden. Gute Bedingungen dafür ergeben sich z.B. bei der Arbeit an schülerorientierten Projekten.

° Durch das exemplarische Lernen und deutlich geringeren Stoffumfang haben sich Freiräume ergeben, die von allen Lehrerinnen und Lehrern so sinnvoll wie nur irgend möglich auszufüllen sind, z.B. durch die differenzierte Arbeit mit einzelnen Schülerinnen und Schülern oder mit Schülergruppen, durch die Entwicklung von Fertigkeiten und Fähigkeiten und durch die Festigung der Kenntnisse.

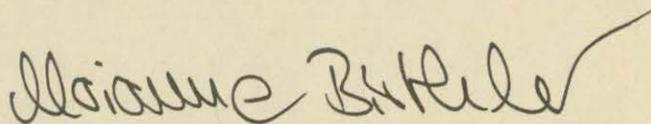
Wenn diese Leitlinien das Handeln der Lehrerinnen und Lehrer bestimmen, ist ein großer Schritt dafür getan, daß sich Schulangst und Schulverdrossenheit nicht ausbreiten können.

Für nahezu alle Unterrichtsfächer der Grundschule, Sekundarstufe I und gymnasialen Oberstufe stehen nun mit Beginn des Schuljahres 1992/93 völlig neue Pläne zur Verfügung.

Das neugeschaffene Pädagogische Landesinstitut Brandenburg (PLIB) trug die Verantwortung für die umfangreichen Arbeiten bei der Rahmenplanentwicklung. Einbezogen wurden dabei viele Brandenburger Lehrerinnen und Lehrer, denen in nicht geringem Umfang Hilfe durch Lehrerinnen/Lehrer und Wissenschaftlerinnen/Wissenschaftler aus alten Bundesländern zuteil wurde. Beachtung fanden ebenso Erfahrungen Brandenburger Lehrerinnen und Lehrer, die im zurückliegenden Schuljahr mit Rahmenplänen gesammelt wurden.

Dafür gebührt allen Beteiligten Dank und Anerkennung.

Für das neue Schuljahr wünsche ich Ihnen Kraft und schöpferische Phantasie beim Einsatz Ihrer pädagogischen und fachlichen Kompetenz.



Marianne Birthler

Ministerin für Bildung, Jugend und Sport  
des Landes Brandenburg

## Inhalt

### I. Leitlinien

- |    |  |    |
|----|--|----|
| 1. | Ansprüche an die Unterrichtsgestaltung | 9  |
| 2. | Die Aufgaben der gymnasialen Oberstufe | 13 |

### II. Vorläufiger Rahmenplan für das Fach Politische Bildung

- |     |  |    |
|-----|--|----|
| 1.  | Aufgaben und Ziele des Faches  | 17 |
| 1.1 | Ausgangssituation im Jahre 1992 und<br>Konsequenzen für die Politische Bildung | 17 |
| 1.2 | Aufgaben des Faches  | 21 |
| 1.3 | Ziele des Faches   | 23 |
| 1.4 | Die Stellung des Faches in der gymnasialen Oberstufe                           | 25 |
| 2.  | Qualifikationen, grundlegende Inhalte,<br>didaktisch-methodische Konzeption    | 25 |
| 2.1 | Qualifikationen und Lernziele  | 25 |
| 2.2 | Inhaltsstruktur und Sequentialität des Faches Politische Bildung               | 27 |
| 2.3 | Didaktische Prinzipien   | 39 |
| 2.4 | Methodenkonzeptionen   | 42 |
| 3.  | Hinweise zur Leistungsbewertung  | 44 |
| 3.1 | Funktionen der Leistungsbewertung  | 44 |
| 3.2 | Anforderungsbereiche   | 45 |
| 3.3 | Bewertungsfelder   | 46 |
| 4.  | Zum Umgang mit dem Rahmenplan für Politische Bildung                           | 48 |
| 5.  | Lerninhalte  | 50 |
| 5.1 | Jahrgangsstufe 11  | 52 |
| 5.2 | Jahrgangsstufe 12  | 56 |
| 5.3 | Jahrgangsstufe 13 <sup>1)</sup>  | 60 |
| 6.  | Anhang   | 61 |

<sup>1)</sup> wird zum Schuljahr 1993/94 nachgeliefert



## I. LEITLINIEN

### 1. Ansprüche an die Unterrichtsgestaltung

Mit diesem Teil der Leitlinien werden den Lehrerinnen und Lehrern und insgesamt den an Schule Beteiligten Ideen, Vorstellungen und Begründungszusammenhänge vermittelt, die auf einen Unterricht orientieren, in dem die Schülerinnen und Schüler im Mittelpunkt des Geschehens stehen.

Diese Leitideen verstehen sich als fächer- und stufenübergreifende didaktische Überlegungen. Sie dienen den Rahmenplankommissionen als Arbeitsorientierung. Darüber hinaus sollen sie den Lehrerinnen und Lehrern ein Instrumentarium erschließen, das sie in die Lage versetzt, die Rahmenpläne kritisch zu prüfen und in schulinterne Lehrpläne umzusetzen. Im besten Falle finden sich diese Ideen in den unterrichtsbezogenen Texten des Rahmenplans wieder. Es kann aber auch sein, sie stehen in einem produktiven Widerspruch zu einigen Formulierungen.

Im folgenden werden einige didaktische Grundbegriffe für den Unterricht entfaltet:

#### Schülerorientierung

Die Praxis von Unterricht kann sich in vielfältiger Weise an den Schülerinnen und Schülern orientieren, z. B. durch die Erörterung der vorhandenen Interessen, durch darin begründete Modifikation der Inhalte, bei der Ausarbeitung von mittel- oder längerfristigen Arbeitsplänen, in der gemeinsamen Bewertung von Unterrichtsergebnissen.

Dabei muß das Mißverständnis zurückgewiesen werden, Schülerorientierung bedeute, den Schülerinnen und Schülern den Unterricht selbst zu überlassen oder allein deren Interessen zu bedienen. Fragen, Probleme, Interessen und Erfahrungen der Lernenden sollten, wo immer möglich, Ausgangspunkt, nicht aber ausschließlicher Inhalt des Unterrichts sein. Auch schülerorientierter Unterricht muß über den Status quo hinausführen, neue Sichtweisen lehren, Verengungen auflockern, erweiterten Informationserwerb unterstützen.

Schülerorientierung heißt auch, den Schülern didaktische Kompetenz zuzutrauen, sie in die Planung und Gestaltung von Unterricht nach Möglichkeit einzubeziehen. Lehrerinnen und Lehrer müssen gegebenenfalls lernen, sich stärker zurückzuhalten und weniger "lenkend" einzugreifen.

#### Handlungsorientierung

Zahlreiche Lerntheorien stützen die Idee, Unterricht so zu gestalten, daß die Schülerinnen und Schüler vielseitig - geistig, körperlich und psychisch - tätig werden sollen, weil die Entwicklung des Denkens an direkte Erfahrungen gebunden ist. Diese Forderung ist nicht schon erfüllt, wenn man das Handeln an einzelne Fächer oder in Sondersituationen delegiert, z. B. an die Schulgartenarbeit, das Basteln im Sachunterricht, den Arbeitslehreunterricht und das darstellende Spiel.

Die Handlungsforderung bezieht sich im Kern auf das praktische und geistige Tätigwerden der Schülerinnen und Schüler im Unterricht. Das kann die Erkundung im Rahmen eines Ökologieprojekts ebenso sein wie die Befragung älterer Menschen im Zeitgeschichtsunterricht. Handeln bedeutet in diesem Sinne: Beobachten, Vergleichen, Bedenken aber auch Verändern und Herstellen. Das Handlungsgebot macht es deshalb auch erforderlich, daß die Schülerinnen und Schüler den Sitzplatz, die Klasse, die Schule zeitweise verlassen, um Informationen und Erfahrungen zu sammeln, Erkenntnisse zu gewinnen.

### **Problemorientierung**

Problemorientierter Unterricht geht von (meist aktuellen) Problemstellungen in Natur, Kultur und Gesellschaft aus, die Anlaß zu Fragen, zu Unsicherheit und Zweifel, zur Analyse und zur Stellungnahme geben. Das kann z. B. eine Statistik über das Waldsterben ebenso sein wie die Mietpreiserhöhung in der Region, das Schleifen eines Denkmals wie der Bau einer Umgehungsstraße, das Doping-Problem oder die finanziellen Aufwendungen für die Restaurierung und den Erhalt des NS-Konzentrationslagers in Auschwitz. Die Chance des problemorientierten Unterrichts liegt in der - wahrscheinlich kontroversen - Stellungnahme der Schülerinnen und Schüler.

Die Aufgabe der Lehrerinnen und Lehrer besteht im wesentlichen darin, Hilfen beim Formulieren von Fragen und Voten, in der Bereitstellung von Literatur und Material zu geben und fachwissenschaftlich orientierte Problemanalysen und Argumentationsmethoden vorsichtig anzubahnen. Problemorientierung sollte also nicht als Abarbeiten von Problemlösungsschritten verstanden werden, das kreatives Denken eher erschwert. Fachwissenschaftliche Systeme oder gesicherte Ergebnisse der Wissenschaften sind weniger geeignet, problemorientiertes Lernen zu inszenieren.

### **Ganzheitlichkeit**

Auf Ganzheit, auf den ganzen Menschen und auf eine ganzheitliche Sichtweise auf das Anzueignende haben schon viele pädagogische Theorien aufmerksam gemacht. Daß es sich dabei um ein Ideal handelt, das schwer zu realisieren ist, wurde hinreichend klar.

Was kann heute ganzheitlich sein? Das bedeutet zunächst einmal, die Verengung des Bildungsbegriffs auf das Intellektuelle, Rationale zu überwinden. Auch das, was gefühlt wird, was sinnlich oder seelisch wahrgenommen wird, ist für Lernprozesse zunehmend wichtig. Wahrnehmungen und Gefühle sollten für emanzipatorische Prozesse nicht mehr unterschätzt werden.

Ganzheitliches Lernen verträgt sich nicht mit stundenlangem Sitzen, mit dem Aneignen ausschließlich kognitiver Arbeitsschritte wie Durchlesen, Berichten, Argumentieren. Ganzheitlichkeit ist heute vor allem ein Problem der gemeinsamen Arbeit von Lehrerinnen und Lehrern und Schülerinnen und Schülern in einer Weise, in der sich jeder als Mensch "ganz" - nicht nur mit seinen Kenntnissen - zur Gel-

tung bringen kann. Dies ist die Voraussetzung dafür, die Welt aus vielen Perspektiven, mit kontroversen Einschätzungen in Erfahrung zu bringen und sich darüber zu verständigen.

Ganzheitlichkeit meint aber auch Bildungsziele wie die Vermittlung von Verantwortungsbewußtsein, das Erkennen der Vernetzung von Handlung und Wirkung bei Eingriffen in natürliche oder soziale "Ganzheiten" (z.B. bei Verkehrsplanungen, Wechselwirkungen zwischen Ökologie und Ökonomie). Befördert werden diese übergeordneten Bildungsziele durch eine Planung von Unterricht, in dem die affektiven, kognitiven und instrumentellen Lernziele gleichberechtigt für die Lernschritte geplant und realisiert werden. Zum anderen geschieht das durch fächerübergreifenden Unterricht.

### **Exemplarität**

In jeder Einzelwissenschaft werden mehr Fragen bearbeitet, als in einem Unterrichtsfach untergebracht werden können. Es gibt mehr Bilder, mehr Gedichte, mehr historische Ereignisse, mehr soziale Probleme, als die Schulfächer behandeln können. Wer unterrichtet, wählt daher aus, und zwar nach einem Doppelkriterium:

- Was unterrichtet wird, soll exemplarisch für einen größeren Sachzusammenhang sein. Das ist die Frage: "exemplarisch wofür?"
- Was unterrichtet wird, soll exemplarisch für eine Schülergruppe mit vergleichbaren Vorkenntnissen oder Erfahrungen sein. Das ist die Frage: "exemplarisch für wen?"

Und wo bleibt die Systematik? Zunächst im Kopf des Lehrers. Denn: Schüler nehmen die Welt nicht wissenschaftssystematisch wahr. Eine systematische Ordnung fachlicher Inhalte kann für die Schüler am Ende der Schulzeit entstehen. Sie ist erst sinnvoll, wenn Vertrautheit mit fachlichen Methoden, Strukturen und Fragestellungen entstanden ist.

Exemplarisches Lehren und Lernen sind keine Allheilmittel. Auch Überblicke, Zusammenfassungen, Übungen und Wiederholungen haben ihre Berechtigung. Sie sind oft Voraussetzungen oder Abschluß einer exemplarischen Unterrichtseinheit.

### **Wissenschaftsbezug**

Die pauschale Forderung, Unterricht solle auf Wissenschaft bezogen sein, kann recht Verschiedenes meinen. Zunächst geht die Formel vom Wissenschaftsbezug auf die Kritik der sogenannten "Volkstümlichen Bildung" zurück. Demokratische Gesellschaften dürften nicht nach volkstümlich gebildeten Laien und wissenschaftlich gebildeten Experten auseinander fallen. Wissenschaftsorientierte Bildung für alle ist ein wesentlicher Wert einer demokratischen Schule.

Die spezifische Aufgabe der allgemeinbildenden Schule wird aber verfehlt, wenn unter Wissenschaftsbezug fälschlich verstanden wird, Unterrichtsinhalte seien lediglich aus den Fachwissenschaften zu deduzieren, die den Unterrichtsfächern

Gleichwohl läßt sich die schullische Arbeit in der gymnasialen Oberstufe durch die doppelte Aufgabe akzentuieren,

- den Schülerinnen und Schülern eine wissenschaftsbezogene Grundbildung zu vermitteln und
- Schülerinnen und Schüler zur selbständigen und verantwortlichen Lebensgestaltung zu befähigen.

In dieser Zielrichtung realisiert sich die allgemeine Studierfähigkeit. Mit ihr erwerben die Schülerinnen und Schüler Kenntnisse und Fähigkeiten, die sie auch in beruflichen Bereichen anwenden oder in diese Bereiche übertragen können.

### *Wissenschaftsbezogene Grundbildung*

Mit zunehmendem Alter sind junge Menschen in der Lage, komplexe Problemzusammenhänge und Fragestellungen aufzunehmen und durch wissenschaftliche, ästhetisch-praktische bzw. technische Verfahrens- und Erkenntnisweisen zu erschließen. Aus diesem Grund ist eine zentrale Aufgabe der Unterrichtsarbeit in der gymnasialen Oberstufe die Vermittlung einer wissenschaftsbezogenen Grundbildung, die sich an den Methoden und Erklärungsmustern der Wissenschaften orientiert.

Schülerinnen und Schüler lernen, planvoll und zielgerichtet zu arbeiten, die Methoden und Techniken der Informationsbeschaffung gegenstandsangemessen anzuwenden und auf der Grundlage sicherer Kenntnisse Problemzusammenhänge zu reflektieren und zu beurteilen.

In Verfahren des forschend-entdeckenden Lernens gewinnen die Schülerinnen und Schüler Einsicht in grundlegende und fachspezifische Verfahren und Methoden und wenden sie auf Problemsituationen und Fragestellungen selbständig an. Dabei ist zu berücksichtigen, daß unter dem Gesichtspunkt der wissenschaftsbezogenen Ausbildung das breite Spektrum möglicher Lernwege erhalten bleibt.

Neben der Kenntnis wesentlicher Strukturen und Methoden von Wissenschaften und ihrer Anwendung lernen die Schülerinnen und Schüler, die Grenzen wissenschaftlicher Aussagen und die Gefährdungen der Spezialisierung in den modernen Wissenschaften und in der Technik zu erkennen und kritisch zu beurteilen.

### *Selbständige und verantwortliche Lebensgestaltung*

Neben der Vermittlung von Kenntnissen und Fähigkeiten im Unterricht befähigt Schule junge Menschen, ihr Leben in bezug zur menschlichen Gemeinschaft und zur Natur selbständig und verantwortlich zu gestalten. Dabei werden sie mit Problemen konfrontiert, die ihre eigenen sowie die Lebenschancen gegenwärtig lebender und zukünftiger Generationen beeinflussen.

Vor dem Hintergrund konkurrierender Modelle individueller Lebensentwürfe und Sinndeutungen, der globalen Bedrohung der Lebensgrundlagen sowie eingeschränkter Lebenschancen für einen Großteil der Menschheit ist es notwendig, junge Menschen in der Schule zur Selbstbestimmung über ihre individuelle Lebensgestaltung, zur Mitverantwortung für die Gestaltung der kulturellen, gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse und zum Einsatz für diejenigen zu erziehen, denen aufgrund gesellschaftlicher Bedingungen Selbst- und Mitbestimmungsmöglichkeiten vorenthalten werden.

Die Erziehung zu einer bewußten Lebensgestaltung verlangt ferner von jungen Menschen die Aneignung von Einstellungen und Fähigkeiten,

- eigene Interessen und die Interessen anderer sachbezogen zu vertreten,
- nach der Überzeugungskraft und den Grenzen eigener und fremder Begründungen eines Standpunktes zu fragen,
- eigene Positionen und eigene Kritik in das Gespräch mit anderen zur kritischen Prüfung einzubringen,
- eine Situation, ein Problem, eine Handlung aus der Lage des jeweils anderen, von der Sache Betroffenen, zu sehen.

#### *Unterrichtsorganisatorische und didaktische Voraussetzungen*

Die Verwirklichung des Unterrichts- und Erziehungsauftrages setzt unterrichtsorganisatorische und didaktische Regelungen voraus, die der gymnasialen Oberstufe ihr spezifisches Profil geben.

1. Voraussetzungen für die Verwirklichung der oben dargestellten Unterrichts- und Erziehungsziele liegen zunächst in der Organisationsstruktur der gymnasialen Oberstufe. Deren Merkmale sind insbesondere
  - die prinzipielle Gleichwertigkeit aller Unterrichtsfächer, die darin begründet ist, daß sie Gleiches oder Ähnliches sowohl zur wissenschaftspropädeutischen Ausbildung der Schülerinnen und Schüler als auch zu deren Selbstverwirklichung in sozialer Verantwortung beitragen können;
  - die - außer für das Fach Sport geltende - Bündelung des Fächerangebotes in drei Aufgabenfelder;
  - die Gliederung des Unterrichtsangebots in Grund- und Leistungskurse, die die Vermittlung grundlegender bzw. speziellerer wissenschaftlicher Verfahrens- und Erkenntnisweisen erlaubt;
  - die Festlegung von Pflicht- und Wahlbereichen, die eine differenzierte und vielschichtige Realisierungen der inhaltlichen Rahmenanforderungen einer wissenschaftspropädeutischen Ausbildung ermöglichen.

2. Voraussetzungen für die Verwirklichung der Unterrichts- und Erziehungsziele liegen ferner in der spezifischen Gestaltung der sozialen Beziehungen in der gymnasialen Oberstufe. Dazu gehören insbesondere
- ihre Ausgestaltung als eine Stufe des Übergangs für die Schülerinnen und Schüler aus dem sozialen Lernfeld der Schule in die komplexen Sozialordnungen der Hochschule und der Berufswelt ebenso wie des Übergangs aus dem Sozialstatus des Jugendlichen in den des Erwachsenen;
  - die Ermöglichung sozialen Lernens sowohl unter dem Prinzip der Kontinuität (von Fächern, Kursen, Lehrern) als auch dem der Mobilität (bezogen z. B. auf Fach- und Kurswahlen und die sich aus ihnen ergebende unterschiedliche Zusammensetzung der Lerngruppen);
  - die Sicherung und Förderung von Mitwirkungsmöglichkeiten der Schülerinnen und Schüler innerhalb und außerhalb des Unterrichts;
  - die Information, Beratung und pädagogische Begleitung der Schülerinnen und Schüler.
3. Voraussetzungen für die Verwirklichung der Unterrichts- und Erziehungsziele liegen schließlich in vielfältigen didaktischen Klärungs- und Abstimmungsprozessen auf der Basis der Erkenntnisse der einschlägigen Fachdisziplinen (vor allem der Fachwissenschaft/Fachdidaktik und der Erziehungswissenschaft). Die dazu erforderlichen Konsensfindungen bzw. Entscheidungen betreffen vor allem die Entfaltung des oben aufgeführten Bildungsauftrages in den einzelnen Fächern der gymnasialen Oberstufe (Aufgaben und Ziele des Faches; Qualifikationen und grundlegende Inhalte, didaktisch-methodisches Konzept; Hinweise zur Leistungsbewertung).

## II. Vorläufiger Rahmenplan für das Fach Politische Bildung

### 1. Aufgaben und Ziele des Faches

#### 1.1 Ausgangssituation im Jahre 1992 und Konsequenzen für die Politische Bildung

Im zweiten Jahr der deutschen Einheit haben sich Träume, Hoffnungen und Forderungen des Herbstes 1989 in Ansätzen verwirklicht. Die Chance, eine humane politische Ordnung zu schaffen, die durch Menschenwürde, Pluralismus, Rechtsstaatlichkeit und parlamentarische Demokratie gekennzeichnet ist, wird im Land Brandenburg wahrgenommen. Darüber hinaus wird gegenwärtig neues politisches Denken und Handeln auf Grund einer Reihe von nationalen und internationalen Entwicklungen vom einzelnen und von der Gesellschaft gefordert.

Zu den genannten Entwicklungen gehören u. a.:

- die aktuelle politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Situation, die durch Verwerfungen, Umbrüche und Neuerungen gekennzeichnet ist; politische Strukturen, die sich aufgelöst haben; Wirtschaftssysteme, die zerfallen; gesellschaftliche Zusammenhänge und Orientierungen, die nicht mehr tragfähig sind;
- der Einigungsprozeß in Deutschland und Europa, die Nationalitätenkonflikte, die Unabhängigkeitsbestrebungen in allen Teilen der Welt, der Zerfall der Sowjetunion und die Bildung der GUS und die damit entstehenden ökonomischen und politischen Probleme, der sich immer stärker entwickelnde Nord-Süd-Konflikt;
- Prozesse globaler Art, die dazu herausfordern, die Welt als ein System zu begreifen, in dem alle politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und ökologischen Aspekte miteinander vernetzt sind.

Die beschleunigte staatliche Vereinigung Deutschlands hatte für die demokratische Entwicklung der Gesellschaft in den neuen Bundesländern Folgen, die die politische Bildung herausfordern.

1. Durch die Dominanz administrativen staatlichen Handelns trat ein Verlust an demokratischer Beteiligung von unten zutage, der zum erneuten Mißtrauen der Bürger in politische Institutionen führte.
2. Die Herausbildung individueller und gesellschaftlicher Wertvorstellungen für ein aktives demokratisches Mitgestalten von Politik und gesellschaftlichem Leben war in der Kürze der Zeit nicht möglich.
3. Politisches Selbstbewußtsein setzt in den neuen Bundesländern die Herstellung einer soliden Infrastruktur gesellschaftlicher Kommunikation (demokratische Streitkultur) voraus, deren erste eigene Ansätze durch wirtschaftliche Zwänge oder westliche Überformung gefährdet sind.

Daraus resultieren innergesellschaftliche Konflikte. Die pluralistische, demokratische Ordnung der Bundesrepublik bietet den Rahmen zur regional differenzierten Beseitigung derartiger Probleme an.

### *Situation der Lehrer und Lehrerinnen:*

Das Fach "Politische Bildung" wird in der gymnasialen Oberstufe im Schuljahr 1992/1993 im Land Brandenburg neu eingeführt. Dieses Fach unterrichtende Lehrer und Lehrerinnen haben eine bewußte Entscheidung zur Annahme der großen Herausforderung und Chance getroffen und stehen nun vor der Aufgabe, die eigene berufliche und politische Selbstklärung sofort mit der Vermittlung politischer Bildung zu verbinden.

Existierende Informations- und Ausbildungsdefizite, veränderte Sozialbeziehungen in der Schule und die gesamte Veränderung des gesellschaftlichen Umfelds wirken erschwerend. Eine weitere Komplizierung ergibt sich aus der z. T. viele Jahre währenden Tätigkeit der Lehrerinnen und Lehrer in einem Schulsystem, das politisch nicht zur Realisierung demokratischer Bildungsideale fähig war, sondern die politische Stabilität und ideologische Geschlossenheit der Gesellschaft zu gewährleisten und darüber hinaus eine normierte Identität des einzelnen zu bewirken hatte.

Es besteht die folgende Lage:

- Alle dieses Fach unterrichtenden Lehrerinnen und Lehrer sind vorerst fachfremd eingesetzt und unterrichten auf der Basis einer vorläufigen Unterrichtserlaubnis.
- Ein Teil der Lehrerinnen und Lehrer durchläuft ein dreijähriges postgraduales Studium im Pädagogischen Landesinstitut Brandenburg, das mit dem Staatsexamen abschließt.
- Ein anderer Teil hat einen zweijährigen Studiengang an der Freien Universität Berlin belegt.
- Ein weiterer Teil der Lehrerinnen und Lehrer nahm an mehrtägigen Fortbildungsseminaren des Pädagogischen Landesinstituts teil.
- Ein nicht geringer Teil der Lehrerinnen und Lehrer wird dieses Fach in diesem Schuljahr erstmalig unterrichten.

Langfristige Fortbildungen müssen es den Lehrerinnen und Lehrern ermöglichen, den Rahmenplan Politische Bildung durch die Vermittlung fachwissenschaftlicher Inhalte, didaktischer Prinzipien und einer Vielzahl von Methoden zum anleitenden Handlungsrahmen ihres Unterrichts werden zu lassen.

### *Situation der Schülerinnen und Schüler:*

Schülerinnen und Schüler, die 1992 erstmalig die gymnasiale Oberstufe besuchen, erleben die Veränderungen des Herbstes 1989 im 14. Lebensjahr. Sie haben ihren Bildungsweg frei in Absprache mit ihren Eltern gewählt. Die Schülerinnen und Schüler stehen vor der schwer zu lösenden Aufgabe, ihre eigene Identität zu finden.

Sie sehen auf der einen Seite viele neue Chancen und Möglichkeiten, sie spüren auf der anderen Seite jedoch auch erhöhten Leistungsdruck und Konkurrenzdenken. Sie beobachten bei ihren Eltern, wie alte Bewußtseinsbestände ihre Wirksamkeit verlieren, ohne daß immer sofort eine Neuorientierung möglich ist. Die Flucht aus diesem Dilemma vollzieht sich vielfach in Richtung Konsumwelt. Hier äußert sich der Nachholbedarf an privater Lebensgestaltung am deutlichsten. Das soll, wo möglich, die Unsicherheit und Orientierungslosigkeit in Wert- und Sinndeutung überdecken helfen.

Ein Teil der Jugendlichen verarbeitet diese Unsicherheit durch Radikalität. Der weitgehend größte Teil der Jugend ist jedoch um möglichst gute Anpassung bemüht. Dabei ist eine Entpolitisierung und ein Mißtrauen gegenüber den Gestaltungsmöglichkeiten von Politik nicht zu übersehen. Wurde in der DDR gedankenlose Übereinstimmung um ihrer selbst willen verlangt, so sehen Jugendliche jetzt, daß ihr Engagement oft ins Leere läuft.

Die für diese Lebensphase notwendige Auseinandersetzung benötigt jedoch Reibungsflächen. Diese bekommt oft nur der radikalste Teil der Jugend zu spüren. Andererseits haben die Schülerinnen und Schüler erste Erfahrungen mit der gesellschaftlichen Erneuerung gemacht. Sie haben Orientierungshilfen bekommen, haben Ansprüche von Freiheit, parlamentarischer Ordnung, Pluralismus und Menschenwürde kennengelernt. Die Jugendlichen mußten aber auch erkennen, daß Prinzipien der freiheitlich-demokratischen Grundordnung in den neuen Bundesländern noch ausgestaltet werden müssen.

Oft erleben Jugendliche in ihrer Umgebung die begrenzte Entscheidungsfähigkeit des Landes Brandenburg und seiner Kommunen. Sie sehen Ideale zerbröckeln. Sie empfinden vielfach, daß Parteien um ihrer selbst willen dazusein scheinen. Sie befürchten, daß nur Autoritäten ausgewechselt wurden.

Ein Demokratieverständnis muß erst nach und nach wachsen. Neben der Mitgestaltung an der Schule ist hier das Fach Politische Bildung besonders gefordert. Sowohl die Entpolitisierung als auch die Radikalisierung sind akute Gefahren am Beginn eines komplizierten Weges.

#### *Konsequenzen für die Politische Bildung*

Eine Demokratie kann nur durch die Aktivität ihrer Bürgerinnen und Bürger wachsen. Deshalb kommt im gegenwärtigen Prozeß gesellschaftlicher Erneuerung der Politischen Bildung grundlegende Bedeutung zu. Sie soll das Interesse junger Menschen für Politik fördern und ebenso ihre Fähigkeit und Bereitschaft, am Prozeß der politischen Meinungs- und Willensbildung und der Vertretung und Durchsetzung von Interessen teilzunehmen.

An die Stelle der Erziehung zu vorgegebenen "Wahrheiten" tritt eine Politische Bildung und Erziehung, die zur Toleranz, Achtung vor der menschlichen Individualität, Eigenverantwortlichkeit und Kritikfähigkeit herausfordert und ideologische Indoktrination ausschließt. Das erfordert eine grundlegende Neugestaltung der politischen Bildung und Erziehung in einem neuen Unterrichtsfach, das sich in der Zielsetzung und seinem Inhalts- und Methodenkonzept prinzipiell von politischer Unterweisung unterscheidet. Der vorliegende Rahmenplan für Politische Bildung stellt sich den Erfordernissen eines demokratischen politischen Unterrichts und ist eindeutig dem kritisch-reflexiven Umgang mit politischen Inhalten gewidmet. Die Herausforderung des Faches besteht auch darin, sowohl die Abwendung Jugendlicher von Politik aufzugreifen als auch ihr Engagement bis hin zu den extremen Formen ernst zu nehmen und zum Gegenstand der Auseinandersetzung zu machen. Politische Bildung orientiert sich an den Prinzipien des demokratischen Rechts- und Sozialstaates und an den allgemeinen Menschenrechten; sie knüpft an Ideen der Aufklärung, der Arbeiterbewegung, der Frauenbewegung und anderer

emanzipatorischer Bewegungen an. Politische Bildung soll zum Verständnis der erlebten Wirklichkeit beitragen und aufzeigen, wie diese Wirklichkeit gestaltbar und veränderbar ist.

Die Beschäftigung mit der Entwicklung, den Strukturen und der Hinterlassenschaft der ehemaligen DDR ist eine wesentliche Voraussetzung für das Verständnis aktueller nationaler und internationaler Prozesse. Dabei ist es für die Politische Bildung im Land Brandenburg besonders wichtig, an jeweilige Erfahrungen anzuknüpfen, die Formen autoritärer Herrschaft aufzuarbeiten und sich mit den überdauernden Prägungen und Verhaltensweisen auseinanderzusetzen und dabei auch einen Beitrag zur Integration Deutschlands zu leisten. Zeitgeschichte gehört zum Gegenstandsfeld der Politischen Bildung. Es gibt keine Neuorientierung in der Demokratie ohne die Entwicklung eines kritischen historischen Bewußtseins.

Politische Bildung soll den Jugendlichen Orientierungshilfe in der komplexen gesellschaftlichen Wirklichkeit sein. Sie orientiert sich in ihrem Ziel und ihren Inhalten an der Persönlichkeit des Menschen und versteht dabei Politik als die ständig neu gestellte Aufgabe, menschliches Zusammenleben in Freiheit, Frieden und Gerechtigkeit zu gestalten und zu gewährleisten. An diesem Verständnis soll konkrete Politik gemessen werden. Bei der Gestaltung des Unterrichts sind folgende Grundsätze von Bedeutung:

- Überwältigungsverbot:  
Es ist nicht erlaubt, die Schülerinnen und Schüler - mit welchen Mitteln auch immer - im Sinne erwünschter Meinungen zu überrumpeln und damit an der Gewinnung eines selbständigen Urteils zu hindern.

Hier genau verläuft die Grenze zwischen politischer Bildung und Indoktrination. Indoktrination aber ist unvereinbar mit der Rolle des Lehrers bzw. der Lehrerin in einer demokratischen Gesellschaft und der Zielvorstellung von der Mündigkeit der Schülerinnen und Schüler.

- Kontroversität:  
Was in Wissenschaft und Politik kontrovers ist, muß sich auch im Unterricht kontrovers zeigen. Wenn unterschiedliche Standpunkte nicht dargelegt werden, Optionen unterschlagen werden, Alternativen unerörtert bleiben, ist der Weg zur Indoktrination beschritten. Es sollten auch Standpunkte und Alternativen herausgearbeitet werden, die den Schülerinnen und Schülern von ihrer jeweiligen politischen und sozialen Herkunft her fremd sind.
- Berücksichtigung der Interessenlage:  
Die Schülerinnen und Schüler müssen in die Lage versetzt werden, eine politische Situation und ihre Interessenlage zu analysieren sowie nach Mitteln und Wegen zu suchen, die vorgefundene politische Lage im Sinne ihrer Interessen in sozialer Verantwortung zu beeinflussen.

Diese Grundsätze führen zum Begriff der Emanzipation, der als Richtwert des politischen Lernens verwendet wird. Im Laufe einer langen Begriffsgeschichte hat das Wort Emanzipation Traditionen der Aufklärung in sich aufgenommen und meint Befreiung von Unmündigkeit. In der politischen Bildung wird darunter ein Lernprozeß verstanden, in dem

Schülerinnen und Schüler die komplexer und schwerer durchschaubar werdende Welt besser begreifen, sich nicht blind in die Gegebenheiten fügen und aufgrund von Sachkenntnis und Urteilsfähigkeit bereit und fähig werden, Selbst- und Mitbestimmung in Politik und Gesellschaft zu praktizieren. Der Begriff Emanzipation wird in den Qualifikationen entfaltet (vgl. Kapitel II.2).

Die Vermittlung von Kenntnissen und Einsichten ist Grundlage für die Entwicklung von Urteils- und Entscheidungsfähigkeit einerseits und die Befähigung zum sozialen Handeln andererseits. Deshalb gehört das Erlernen von Einstellungen und Verhaltensweisen zum integralen Bestandteil der Vorbereitung auf die politische Beteiligung. Es gibt keine politische Bildung ohne soziales Lernen. Im Zusammenleben von Menschen werden soziale Kompetenzen benötigt und erworben. In einer demokratischen Gesellschaft sind solche sozialen Kompetenzen wie Sensibilität, Ich-Stärke, Toleranz, kooperatives Verhalten, Solidarität und Konfliktfähigkeit wünschenswert und notwendig.

## 1.2 Aufgaben des Faches

Das Fach Politische Bildung steht wie aller Unterricht in der gymnasialen Oberstufe unter den allgemeinen Zielsetzungen, über eine wissenschaftspropädeutische Ausbildung und eine Erziehung zur Selbstverwirklichung in sozialer Verantwortung die gesellschaftliche Handlungsfähigkeit und die Studierfähigkeit der Schülerinnen und Schüler zu vermitteln.

### *Selbstverwirklichung in sozialer Verantwortung*

Unterrichts- und Erziehungsauftrag sind eng miteinander verbunden. Erziehung in der Schule vollzieht sich zunächst und vor allem im Rahmen des Unterrichts. Erziehend wirken im Unterricht dabei zum einen fachspezifische Faktoren: Die Auseinandersetzung mit Themen und Grundproblemen des jeweiligen Faches, der sachangemessene Umgang mit seinen Gegenständen und das methodisch reflektierte Lösen bestimmter Aufgaben stellen für die Schülerinnen und Schüler Möglichkeiten zur Selbst- und Weitererfahrung sowie prägende Beiträge zur Herausbildung ihres Selbst- und Weltverständnisses dar. Erziehend wirken im Unterricht aber ebenso die Rahmenfaktoren, die sich insbesondere ergeben aus der Organisationsstruktur der individuellen Bildungsgänge, den vielfältigen Mitwirkungsmöglichkeiten der Schülerinnen und Schüler bei der Gestaltung des Schullebens, der Zusammensetzung der Lerngruppe, der Person des Lehrers bzw. der Lehrerin und den Einflüssen der Gesellschaft auf die Schule.

Die heutige Gesellschaft ist gekennzeichnet durch ein hohes Maß an Differenziertheit, durch eine Pluralität von Weltanschauung und politischen Programmen, durch Interessengegensätze und die Notwendigkeit zu demokratischem Konsens.

Die Lernenden sollten deshalb verstärkt darauf vorbereitet werden, ihr Leben in Familie, Gesellschaft und Politik zu meistern. Erziehung heißt daher auch, Kenntnisse, Urteilsfähigkeiten und Handlungsdispositionen zu vermitteln, die ebenso die individuelle Entfaltung und Ausprägung der Person als auch die Teilnahme am politischen und gesellschaftlichen Leben ermöglichen.

Grundsätzlich und vorrangig gilt, daß Unterricht und Erziehung an die Wertvorstellungen demokratischen Zusammenlebens gebunden sind, wie sie durch das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Verfassung des Landes Brandenburg vorgegeben sind. In diesen Bindungen und im Kontext der oben aufgeführten Unterrichtsziele sind die folgenden Erziehungsziele zu sehen. Mit ihnen werden auf dem Anspruchsniveau der gymnasialen Oberstufe, das gesetzt ist durch die angestrebte Abschlußqualifikation der allgemeinen Hochschulreife, die schulischen Erziehungsbemühungen der Sekundarstufe I fortgesetzt.

Selbstverwirklichung in sozialer Verantwortung beinhaltet vor diesem Hintergrund

- die Bereitschaft und Fähigkeit, sich mit anderen zu verständigen,
- die Bereitschaft und Fähigkeit, mit anderen zusammenzuarbeiten,
- die Bereitschaft und Fähigkeit, sich mit Werten und Wertsystemen auseinanderzusetzen, zu urteilen und sich zu entscheiden.

### *Wissenschaftspropädeutik*

Die wissenschaftspropädeutische Ausbildung verlangt eine weitgehende Beherrschung von Prinzipien und Formen selbständigen Arbeitens, die Einübung grundlegender Verfahrens- und Erkenntnisweisen, die Einführung in speziellere wissenschaftliche Verfahrens- und Erkenntnisweisen über die inhaltliche Auseinandersetzung mit Themen und Gegenständen bestimmter Fächer und Aufgabenfelder.

Zur Beherrschung von Prinzipien und Formen selbständigen Arbeitens gehören insbesondere

- die Fähigkeit, ein Thema oder eine Aufgabe möglichst vorurteilsfrei, geistig beweglich und mit Engagement und Phantasie aufzugreifen;
- die Fähigkeit, Methoden und Techniken der Informationsbeschaffung gegenstands- und problemangemessen anzuwenden;
- die Fähigkeit zu planvollem und zielstrebigem Arbeiten auch über längere Zeit;
- Reflexions- und Urteilsfähigkeit auf der Grundlage eines soliden Wissens.

Die Einübung grundlegender wissenschaftlicher Verfahren und Erkenntnisweisen führt im Rahmen schulischer Möglichkeiten insbesondere

- zur Kenntnis wesentlicher Strukturen und Methoden von Wissenschaften sowie zum Verständnis ihrer komplexen Denkformen;
- zur Erkenntnis von Grenzen wissenschaftlicher Aussagen und zur Einsicht in Zusammenhang und Zusammenwirken von Wissenschaften;
- zum Verstehen grundlegender wissenschaftstheoretischer Fragestellungen;
- zur Fähigkeit, wissenschaftliche Erkenntnisse sprachlich zu verdeutlichen und anzuwenden.

Die Einführung in speziellere wissenschaftliche Verfahrens- und Erkenntnisweisen kann im Rahmen der gymnasialen Oberstufe nur exemplarisch, vor allem in den Leistungsfächern erfolgen. Auch in ihnen geht es zunächst um die Einübung in grundlegende Verfahrens- und Erkenntnisweisen des jeweiligen Faches. Darüber hinaus werden

- sachliche Notwendigkeiten, theoretische und praktische Bedingungen und sich daraus ergebende Erkenntnismöglichkeiten,
- zugleich aber auch Grenzen und Gefährdungen

der Spezialisierung in den modernen Wissenschaftsdisziplinen sichtbar gemacht.

### 1.3 Ziele des Faches

Selbstverwirklichung in sozialer Verantwortung als allgemeines Bildungsziel der gymnasialen Oberstufe wird fachlich konkretisiert in der politischen Bildung als Demokratie-Lernen.

Wissenschaftspropädeutik als allgemeines Bildungsziel der gymnasialen Oberstufe wird fachlich konkretisiert in der Politischen Bildung als Hinführung zu sozialwissenschaftlichem Denken und Handeln. Sie schließt auch zeitgeschichtliche Betrachtungsweisen ein.

#### *Demokratie-Lernen*

Politisches Lernen in diesem Sinne verlangt einerseits die kritische Auseinandersetzung mit Erfahrungen der gesellschaftlichen Wirklichkeit, andererseits die Loyalität zu den Prinzipien des demokratischen Rechts- und Verfassungsstaates. In der Demokratie gibt es ein gesellschaftliches Interesse an tragfähigem Konsens und rationaler Konfliktbewältigung. Das Fach kann dazu beitragen, den erforderlichen Minimalkonsens über die Werte und Formen des gesellschaftlichen Zusammenlebens zu begründen und den Schülerinnen und Schülern gegenüber einsichtig zu machen.

Die Kenntnis der Zeitgeschichte, insbesondere der Genese unserer Demokratie, trägt daher auch zur Stabilität und Kontinuität des Demokratisierungsprozesses unserer Gesellschaft bei; sie verbindet sich in einer demokratisch und pluralistisch verfaßten Gesellschaft mit der Einsicht, daß die konkrete Ausformung der Gesellschaftsordnung nicht abschließend geregelt werden kann, daß ihre Werte und Institutionen dem Wandel unterliegen und veränderbar sind.

Selbstverwirklichung in sozialer Verantwortung erfordert in einem demokratischen Rechtsstaat, dem der Anspruch "alle Staatsgewalt geht vom Volke aus" zugrunde liegt, daß der einzelne nicht Objekt, sondern selber mitbestimmendes, mitentscheidendes und miturteilendes Subjekt ist. Der dazu notwendige Prozeß vollzieht sich vor allem in der politischen Auseinandersetzung gesellschaftlicher Gruppen und erfordert Bürgerinnen und Bürger, die in der Lage und bereit sind, aktiv am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen und ihre eigenen Interessen und die Interessen anderer in sozialer Verantwortung zu vertreten. Dazu gehört auch die Bereitschaft, öffentliche Aufgaben zu übernehmen.

### *Sozialwissenschaftliche Propädeutik*

Mit dem Beginn der Sekundarstufe II geht das Lernen von der Wissenschaftsorientierung zur Wissenschaftspropädeutik über; der Unterricht orientiert jetzt nicht nur die Gegenstände des Lernens an den Standards der Wissenschaft, sondern wird selbst zur Vorbereitung auf wissenschaftliches Arbeiten.

Politisches Lernen wird auch durch eine Orientierung an den Verfahren und Erkenntnissen der Sozialwissenschaften gefördert. Mit Hilfe ihrer Instrumentarien ist es möglich, Erfahrungen über die politisch-gesellschaftliche Wirklichkeit zu erschließen, Urteile auf ihre Begründungen zu prüfen und Entscheidungen durch eine Diskussion sozialer Handlungsalternativen vorzubereiten.

Politisches Lernen wird sich dabei zum einen vorrangig an den systematischen Sozialwissenschaften (Politikwissenschaft, Soziologie, Wirtschaftswissenschaften) orientieren, zum anderen aber ständig Erkenntnisse aus der Geschichtswissenschaft, insbesondere der Zeitgeschichte, bei der Bearbeitung von Unterrichtsinhalten hinzuziehen. Die Gegenstände der Bezugswissenschaften des Faches Politische Bildung berühren und überschneiden sich auf vielfältige Weise, da ihnen die Analyse der Prozesse sozialen Handelns und der Strukturen gesellschaftlicher Wirklichkeit gemeinsam sind. Angesichts der auch in diesen Wissenschaften historisch entstandenen Trennung des in der gesellschaftlichen Wirklichkeit Zusammengehörigen muß wieder bewußt gemacht werden, daß die Grenzen der Disziplinen keine Wirklichkeitsgrenzen sind. Dementsprechend muß der Unterricht im Fach Politische Bildung von der engen Verzahnung des wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Lebens ausgehen und deren Wechselwirkungen sichtbar machen. Strukturelle und genetische Betrachtungsweisen oder systematische und prozessuale Perspektiven gehören dabei zusammen.

Auch wegen des häufig direkten Bezuges der einzelnen Sozialwissenschaft zur gesellschaftlichen Praxis ist fachdidaktisch zwischen ihnen ein interdisziplinäres Lernen geboten, das

- den Vermittlungszusammenhang von gesellschaftlichen Bedingungen und sozialwissenschaftlicher Erkenntnis verdeutlicht,
- Alltagsfragen und wissenschaftlich gewonnene Einsichten über Wirtschaft, Gesellschaft und Politik aufeinander bezieht,
- durch die Orientierung an sozialwissenschaftlichen Methoden und Ergebnissen zur Bewältigung von Lebenssituationen beiträgt.

Die Propädeutik sozialwissenschaftlichen Denkens und Arbeitens im Unterrichtsfach Politische Bildung ist kein Selbstzweck; sie bereitet auf die Lösung komplexer Aufgabenstellungen in Studium, Ausbildung und Beruf vor und dient zugleich dem Demokratielernen. Das Fach Politische Bildung leistet seinen Beitrag zum Erwerb der allgemeinen Hochschulreife, indem es die Schülerinnen und Schüler dazu befähigt, gesellschaftlich-politische Fragen und Problemstellungen, die im Rahmen ihrer Ausbildung auftreten, selbständig unter Nutzung sozialwissenschaftlicher Verfahrens- und Erkenntnisweisen zu bearbeiten.

## 1.4 Die Stellung des Faches Politische Bildung in der gymnasialen Oberstufe

Politische Bildung ist ein Fach des gesellschaftswissenschaftlichen Aufgabenfeldes und auf besondere Weise auf die Zusammenarbeit mit dem Fach Geschichte angewiesen. Politische Bildung kann als drittes und viertes Abiturfach gewählt werden und - nach einer Übergangszeit von zwei Jahren - auch als zweites Leistungsfach. Das Fach Politische Bildung ist in der Jahrgangsstufe 11 und in der Jahrgangsstufe 12 Pflichtfach für Schülerinnen und Schüler der gymnasialen Oberstufe. In der Jahrgangsstufe 13 werden diese Pflichtkurse weitergeführt. Sie enthalten dort zeitgeschichtliche Anteile. (Schülerinnen und Schüler, die Geschichte als Abiturfach wählen, müssen diese Kurse in Jahrgangsstufe 13 nicht belegen.)

Politische Bildung steht somit einerseits repräsentativ für das gesellschaftswissenschaftliche Lernen und andererseits ist es der fachliche Ort für jene Erziehung zur Demokratie, wie sie die Landesverfassung den Schulen zur Aufgabe macht.

## 2. Qualifikationen, grundlegende Inhalte, didaktisch-methodische Konzeption

### 2.1 Qualifikationen und Lernziele

Der Unterricht im Fach Politische Bildung soll von der 5. Klasse an zur Beurteilung und Bewältigung von Lebenssituationen beitragen. Er gründet sich auf die Prinzipien des Grundgesetzes, die Intentionen der Landesverfassung und des 1. Schulreformgesetzes und hat primär eine gestaltbare, verbesserbare demokratische Gesellschaft zum Ziel. Dieser emanzipatorische Grundgedanke schlägt sich im Rahmenplan für Politische Bildung nieder.

Bewältigung individueller und gesellschaftlicher Lebenssituationen schließt den Erwerb von Kenntnissen, Fähigkeiten, Fertigkeiten und Einsichten ein. Gleichwohl erschöpft sich darin nicht der Begriff der Qualifikationen. Die Qualifikationen sind auf den rational und kritisch denkenden, selbständig und unabhängig urteilenden sowie sozial verantwortlich handelnden Menschen bezogen. Gerade in dieser Hinsicht gibt es - auch nach dem Zusammenbruch der zentralistischen Strukturen und der mit diesen Strukturen verbundenen politischen Entmündigung der Bürgerinnen und Bürger - einen erheblichen Nachholbedarf. Es geht darum, eigene Interessen mit sozialer Verantwortung, Kompetenz und entsprechendem Engagement zu verknüpfen.

Die Qualifikationen und Lernziele bilden die Grundlage für die zu entwickelnden Zielvorstellungen des Unterrichts. Diese sind im Zusammenhang mit den Unterrichtsthemen durch die Lehrerinnen und Lehrer selbständig auf einen bestimmten Inhalt hin zu präzisieren und anzuwenden.

In den Qualifikationen drückt sich durchgehend die pädagogische Grundorientierung aus, Bildung als Fähigkeit und Bereitschaft zur Selbstbestimmung, zur Mitbestimmung und zur Solidarität aufzufassen. Von daher stehen die nachfolgend genannten Qualifikationen in einem engen Zusammenhang.

## Übersicht über die **Qualifikationen** im Fach Politische Bildung

### Fähigkeit und Bereitschaft,

- (1) sich in gesellschaftlichen, politischen, wirtschaftlichen Zusammenhängen zurechtzufinden, Herrschaftsverhältnisse nicht ungeprüft hinzunehmen, sie in ihrem zeitgeschichtlichen Bezug zu verstehen, sie auf ihren Sinn, auf ihre Zwänge, Zwecke und Notwendigkeiten hin zu befragen und die ihnen zugrundeliegenden Interessen, Normen und Wertvorstellungen kritisch zu prüfen;
- (2) die neuen Chancen zur Einflußnahme auf gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Strukturen, Herrschaftsverhältnisse und Entscheidungsprozesse kritisch zu hinterfragen, zu verstehen, zu nutzen und mitzugestalten;
- (3) Kommunikation und Kommunikationsmittel als wichtigen Faktor beim demokratischen Umbau in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft zu verstehen, Motive, Interessen und Machtgefälle zu prüfen und Teilnahmechancen wahrzunehmen;
- (4) in politischen Alternativen zu denken und zu lernen, sich zu engagieren, auch gegen Widerstände Entscheidungen auf demokratische Weise herbeizuführen, in unterschiedlichen sozialen Gruppen mitzuarbeiten und dabei Belastungen auszuhalten;
- (5) sich selbst zu verwirklichen, eigene Vorstellungen vom glücklichen, erfüllten Leben zu entwickeln und in sozialer Verantwortung wahrzunehmen, eigene Rechte und Interessen zu vertreten, aber auch gesellschaftliche Interessen und Interessen anderer (z. B. Benachteiligter) zu erkennen und ihnen gegebenenfalls den Vorrang zu geben;
- (6) das Lebensrecht und die Eigenständigkeit anderer Gesellschaften zu akzeptieren, für wirksame Sicherheitskonzepte und für die Interessen benachteiligter Völker einzutreten, auch individuelle Verantwortung für globale Probleme zu erfassen;
- (7) durch eigenes Verhalten und durch Teilnahme an Bürgerinitiativen und Bürgerbewegungen Verantwortung für heutige und künftige Lebensbedingungen mit zu übernehmen;
- (8) die Arbeit als Bedingung für individuelle und gesellschaftliche Existenzsicherung und als Faktor für Selbstverwirklichung und politische Beteiligung zu verstehen und dies im individuellen Lebenskonzept zu berücksichtigen, sich für die Demokratisierung und Humanisierung der Arbeitswelt einzusetzen.

Ein zentrales Ziel der gymnasialen Oberstufe, Studierfähigkeit zu erreichen, wirft neben der Frage nach dem Lebenswelt- und Handlungsbezug zusätzlich die Frage der wissenschaftspropädeutischen Ausbildung auf. Grundsätzlich ist das Fach Politische Bildung in allen Schulstufen wissenschaftsorientiert. Wissenschaftlichkeit spielt zuerst bei der didaktischen Analyse, der Inhalts- und Methodenwahl, eine Rolle. Des Weiteren werden wissenschaftlich abgesicherte Methoden und Instrumente altersentsprechend gelehrt und gelernt, und die Schülerinnen und Schüler werden befähigt, diese an konkreten Beispielen zu praktizieren.

Die Schülerinnen und Schüler werden in der gymnasialen Oberstufe zunehmend in wissenschaftstheoretische Überlegungen einbezogen. Vereinfacht gesagt geht der Anspruch wissenschaftlichen Arbeitens sukzessive von den Lehrenden auf die Lernenden über. War sauberes wissenschaftliches Arbeiten in der Grundschule und der Sekundarstufe I vorwiegend eine Forderung an Lehrerinnen und Lehrer, kann das in der gymnasialen Oberstufe immer mehr auch von den Schülerinnen und Schülern erwartet werden: Um dieses Anliegen zu verdeutlichen, formuliert dieser Rahmenplan auch wissen-

schaftspropädeutische Lernziele. Sie treten zu den Qualifikationen des Faches Politische Bildung hinzu und akzentuieren die wissenschaftspropädeutische Aufgabe der gymnasialen Oberstufe. Die Lernziele sollen die in der Anwendung wissenschaftlicher Methoden- und Forschungsergebnisse liegende Chance für die erfolgreiche Bearbeitung individueller und gesellschaftlicher Probleme erschließen helfen und der Gefahr begegnen, die durch unkritische Wissenschaftsgläubigkeit entsteht.

Wissenschaftspropädeutische Lernziele:

1. Kenntnisse über unterschiedliche Ansätze sozialwissenschaftlicher Methoden und Theorien,
2. Kenntnisse über Begriffs-, Hypothesen- und Modellbildung,
3. Fähigkeit zu zeitgeschichtlichen Betrachtungsweisen
4. Einsicht in die Begrenztheit und Vorläufigkeit wissenschaftlicher Aussagen,
5. Bereitschaft und Vermögen, wissenschaftliche Neugier zu entwickeln und Freude an wissenschaftlichen Auseinandersetzungen zu empfinden,
6. Fähigkeit und Bereitschaft, sich im politischen Bereich selbständig und kreativ, engagiert und konsequent, systematisch und deutlich mit unterschiedlichen Theorien und Erklärungsversuchen auseinanderzusetzen,
7. Fähigkeit, Erkenntnisse der sozialwissenschaftlichen Teildisziplinen bei der Analyse gesellschaftlicher Tatbestände und Probleme anzuwenden und soweit wie möglich zu integrieren,
8. Fähigkeit und Bereitschaft, wissenschaftliche Ergebnisse miteinander zu erarbeiten und für das eigene Handeln nutzbar zu machen,
9. Einsicht, daß es individuelle und gesellschaftliche Bereiche gibt, die mit Hilfe wissenschaftlicher Methoden nicht zureichend zu erfassen sind,
10. Fähigkeit und Bereitschaft, wissenschaftliches Arbeiten als sozialen Prozeß zu erkennen und die Interessengebundenheit wissenschaftlichen Arbeitens zu prüfen,
11. Fähigkeit und Bereitschaft, die sozialen Voraussetzungen und Folgen wissenschaftlichen Arbeitens zu bedenken und entsprechend verantwortlich zu handeln.

## 2.2 Inhaltsstruktur und Sequentialität des Faches Politische Bildung

Das Fach Politische Bildung in der gymnasialen Oberstufe hat mündige Bürgerinnen und Bürger zum Ziel, die sich selbst in sozialer Verantwortung verwirklichen. Dabei bedienen sie sich der Erkenntnismittel der Sozialwissenschaften und bearbeiten soziale, wirtschaftliche und politische Probleme der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft.

Die Sozialwissenschaften setzen sich zusammen aus unterschiedlichen Disziplinen (vor allem aus Soziologie, Ökonomie, Politologie), die sich im Wissenschaftsbetrieb getrennt entwickelt haben. Die Realität ist aber nicht entlang diesen Linien geschieden - politische Bildung kann keine der drei Disziplinen entbehren: Ökonomische Bildung ohne soziale und politische Reflexion würde einen Systembereich der Gesellschaft isolieren, Soziologie allein würde den wirtschaftlichen Kern des materiellen Überlebens dieser Gesellschaft verfehlen, schließlich bedarf die Politologie der inhaltlichen Untersuchung jener Politikfelder, deren Regelung Politik zur Aufgabe hat. Der Begriff der Sozialwissenschaften muß weit gefaßt werden, denn auch Bestandteile aus anderen Wissenschaften werden benötigt (z. B. historische, sozialpsychologische, philosophische, juristische, pädagogische).

Die Unterscheidung der drei Bezugsdisziplinen ist eine Unterscheidung nach Erkenntnisweisen. Sie berücksichtigt die Unterschiede in der Begrifflichkeit, in den Modellbildungen, in den Theoriekonstruktionen und in den Ergebnissen der jeweiligen Fächer, die nicht aufeinander reduziert werden können. Die drei Disziplinen werden als ein Gliederungssystem für die Struktur der Inhalte des Faches genutzt. In Jahrgangsstufe 13 tritt die zeitgeschichtliche Betrachtungsweise zur systematisch-sozialwissenschaftlichen Betrachtungsweise hinzu.

Die drei Disziplinen beziehen sich häufig im Schwerpunkt auf bestimmte gesellschaftliche Teilbereiche, also die Soziologie auf den sozio-kulturellen Bereich, der in sich sehr heterogen ist), die Ökonomie auf den wirtschaftlichen Bereich und die Politologie auf den staatlich organisierten Handlungsbereich. Diese Zuordnung ist aber nicht präzise, weil zum einen die Bereiche nicht voneinander abgeschottet sind und weil zum anderen die Handlungsbereiche in sich nicht jeweils eindeutig strukturiert sind. (So ist wirtschaftliches Handeln auch soziales Handeln im politisch gegebenen Rahmen, politisches Handeln kann z. B. auch ökonomisch bedingt sein oder mit ökonomischen Kategorien erfassbar sein, soziales Handeln folgt nicht nur sozial-kulturellen Traditionslinien, sondern auch z. B. ökonomischen Zwängen usw.) Außerdem geht die geschichtliche Dimension mehr oder weniger direkt in die jeweiligen Zuordnungen ein.

Unterschiedliche gesellschaftliche Teilbereiche werden vom Individuum als unterschiedliche Handlungsfelder empfunden und realisiert. Hinzu kommt, daß die zunehmende globale Vernetztheit die Beziehungen zu anderen Gesellschaften bzw. zur Weltgesellschaft nötig macht. Deshalb muß neben die inner-gesellschaftlichen Teilsysteme auch der globale Zusammenhang treten.

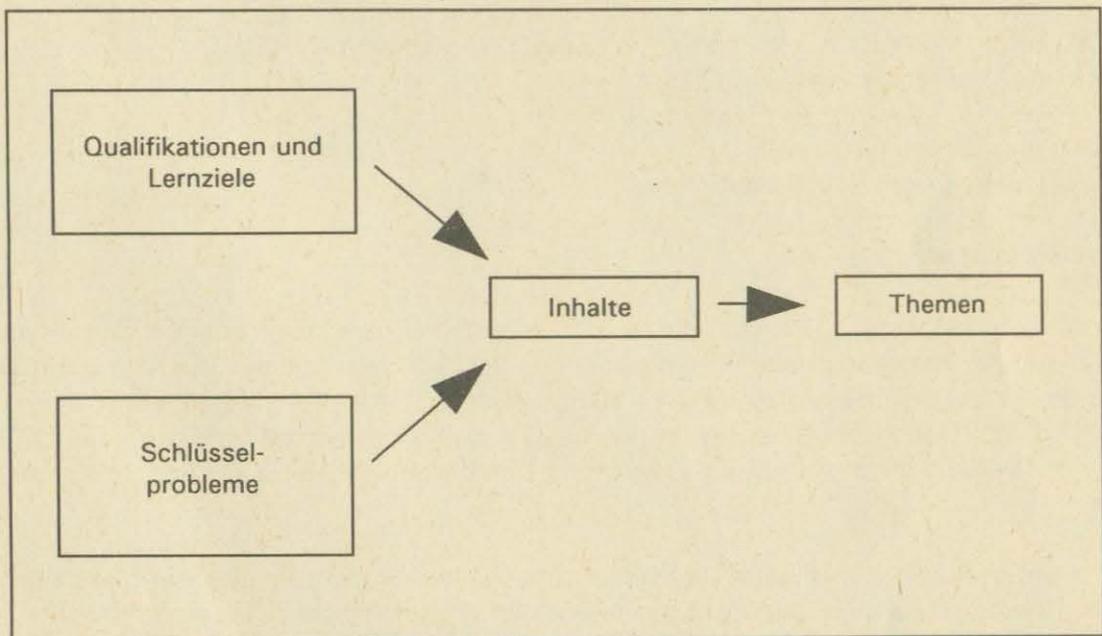
Der Rahmenlehrplan für Politische Bildung in der Sekundarstufe I unterscheidet vier Lernfelder, die diese Handlungs- und Systembezüge formulieren: Gesellschaft - Wirtschaft - Demokratie - Die Eine Welt. Diese vier Lernfelder werden hier für die Sekundarstufe II als ein Gliederungssystem für die Struktur der Inhalte wieder aufgenommen.

Bei der Anordnung der vier Lernfelder spielen - neben dem Bezug auf die Qualifikationen - vor allem gesellschaftliche Schlüsselprobleme eine konstituierende Rolle. Politische Probleme sind in unterschiedlichem Grade mit ökonomischen, sozialen, ökologischen, regionalen und globalen Problemen und Gefährdungen verbunden. Schlüsselprobleme in diesem Sinne sind u. a.:

- 1) Krieg, Frieden und Friedenssicherung (Bürgerkrieg, Gefahr globaler Vernichtung, Verlagerung in die Dritte Welt, Rüstungskontrolle, Abrüstung, Verfassungsauftrag zur Völkerverständigung);
- 2) Sicherung natürlicher Lebensgrundlagen (Zerstörung von Lebensgrundlagen, Interessenkonflikt, ökologisch verantwortete Wirtschaftsordnung);
- 3) Verhältnis zwischen Industriegesellschaften und Entwicklungsländern (Diskrepanz zwischen wirtschaftlichen Teilinteressen und deren sozialen und ökologischen Auswirkungen, Verständnis der verschiedenen Gesellschaften als Eine Welt);

- 4) Zusammenleben verschiedener Kulturen, Nationen (multikulturelle Gesellschaft; Rechtsextremismus, Linksextremismus, Humanisierung, Menschenrechte, Toleranz), Existenz und Identitätsverlust von Gesellschaften und sozialen Gruppen (soziale Auswirkungen von Umbruchsituationen, Entstehen demokratischer Ansätze);
- 5) wachsende Komplexität der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Entscheidungsprozesse und das Problem der Machtstrukturen (Gefährdung demokratischer Mitbestimmung im Bereich der Grundsatzentscheidungen, Gewicht der demokratischen Kontrolle, Demokratie lernen);
- 6) politische Kontrolle gegen Informations- und Datenmonopolisierung (Gefährdung politischer und kultureller Identität durch Informationstechnologien und Massenmedien);
- 7) Aufbau sozialer und ökologischer Marktwirtschaften, Entfremdung und Verfügbarkeit von Arbeit, Effizienz und soziale, ökologische Verantwortung.

Die hier genannten Schlüsselprobleme sind übergreifende grundlegende Orientierungen, die sowohl individuell als auch global existentielle Fragen berühren, mit denen sich Politische Bildung befassen muß. Im thematischen Kontext bilden die Schlüsselprobleme und die Qualifikationen die Grundlage für die Entfaltung der Lernfelder, Themenbereiche, Inhalte und Probleme.



Die Differenzierungen nach disziplinbezogenen Erkenntnisweisen sind Erkenntnis- und Lernhilfen, die anschließend wieder integriert werden müssen. Dies ist in der Zielvorstellung des ganzheitlich handlungsfähigen mündigen Bürgers formuliert. Für die einzelne

Person stellt sich diese Aufgabe als die der Entwicklung von Ich-Identität; für die Gesellschaft stellt sich diese Aufgabe als die der Herausbildung von integrierenden Strukturen und auch einer kollektiven Identität; für die Welt stellt sich diese Aufgabe als die des gemeinsamen Überlebens.

Differenzierung und Integration von wissenschaftlichen Zugriffen in unterschiedlichen Lernfeldern über die Bearbeitung von Aufgaben/Problemen sind die Leitlinien für die Entwicklung sozialwissenschaftlich-politischer Kompetenz, die in den Qualifikationen näher beschrieben ist.

Die Entwicklung der wissenschaftspropädeutischen Fähigkeiten im Umgang mit den Sozialwissenschaften und der Zeitgeschichte bestimmt die Abfolge der Anforderungen in den drei Jahren der gymnasialen Oberstufe und damit auch die Entfaltung politischer Bildung: Additive Verknüpfung der Disziplinen Soziologie, Ökonomie und Politologie; Integration über leitwissenschaftliches Arbeiten; interdisziplinäre Integration.

### *Einführungsphase*

In der Jahrgangsstufe 11 werden die drei Disziplinen als getrennte Fachgebiete in ihrer Bedeutung für ein Thema genutzt; sie werden addiert für die Bearbeitung. Vier Themen (je eins für jedes Lernfeld) werden so behandelt.

Ein Beispiel:

Das Thema "Verbraucher-Verhalten" (Lernfeld Wirtschaft) beinhaltet

- Konsumenten-Souveränität (ök),
- Werbung, Manipulation (soz),
- Verbraucherschutz (pol)

als Teilthemen (additive Verknüpfung).

### *Qualifikationsphase*

In der Jahrgangsstufe 12 werden in den ersten drei Vierteljahren (die Zeitangabe ist grob) die drei Disziplinen als Schwerpunkt für die Bearbeitung eines Themas aus dem ihnen primär zugeordneten Lernfeld genutzt und dabei als Leitwissenschaft entfaltet. Für das Lernfeld Gesellschaft ist die Soziologie die Leitwissenschaft, für das Lernfeld Wirtschaft ist es die Ökonomie, für das Lernfeld Demokratie leitet die Politologie die Bearbeitung.

Bei diesem Arbeiten mit einer Leitwissenschaft werden Kern-Inhalte der jeweiligen Disziplin herangezogen, die ihre Arbeitsweise exemplarisch erfahren lassen. Zusätzlich wird für die Behandlung problemhaltiger Themen auf Aspekte der anderen Disziplinen zurückgegriffen werden müssen, so daß auch Brücken zu den anderen Disziplinen geschlagen werden.

Ein Beispiel: Das Thema "Soziale Ungleichheit" gehört zum Lernfeld Gesellschaft und wird schwerpunktmäßig von der Soziologie erfaßt. Dabei können spezifische Methoden, Theorien und Ergebnisse berücksichtigt werden. Die Marktvermitteltheit der materiellen Existenz verweist auf die ökonomische Dimension, die staatliche Sozialpolitik auf die Politologie.

Grundsätzlich wäre auch eine andere Zuordnung der Leitwissenschaften zu den Lernfeldern denkbar; aus didaktischen Gründen (Klarheit des Lernprozesses für die Schülerinnen und Schüler) werden die Disziplinen aber an dem ihnen primär zugeordneten Lernfeld exemplifiziert. (Im anderen Falle ergäbe sich auch das Problem, daß, wenn z. B. ein Thema für das Lernfeld Wirtschaft mit Soziologie als Leitwissenschaft behandelt worden wäre, ein Thema aus den Lernfeldern Demokratie oder Gesellschaft mit der Ökonomie als Leitwissenschaft behandelt werden müßte usw.)

Ein Thema aus dem Lernfeld Die Eine Welt wird in Jahrgangsstufe 12 auf der dritten Stufe sozialwissenschaftlichen Arbeitens behandelt, der interdisziplinären Integration.

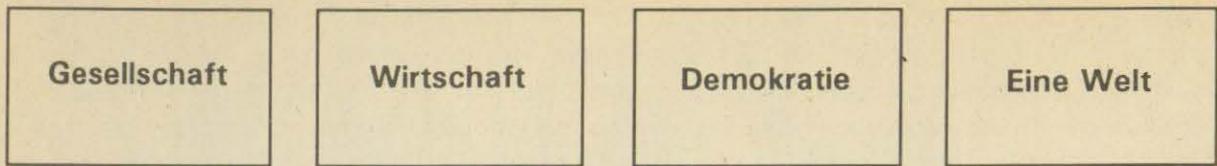
Komplexe Themen erfordern und ermöglichen das Zusammenwirken der Sozialwissenschaften; die Themen und die erworbene Kompetenz der Lernenden im Umgang mit den einzelnen Sozialwissenschaften ergeben jetzt interdisziplinäres Arbeiten. Hier werden die Sozialwissenschaften für die Erkenntnis und Beurteilung politischer Probleme integriert. Diese Integration ist den Lernenden bewußt; sie verknüpft kontrolliert die unterschiedlichen Erkenntniswege. Ein Beispiel: Das Thema "Europäische Einigung" fordert das Zusammenwirken aller Sozialwissenschaften heraus.

In der Jahrgangsstufe 13 folgen zwei Kurse "Politische Bildung mit festen Anteilen Geschichte" (AO-GOST § 15 (5)). Gegenstand des Unterrichts sind in diesem Jahr zwei historische Problemkreise, von denen einer die Zeit nach 1933 betreffen muß. Der Geschichte autoritärer Herrschaftsformen im 20. Jahrhundert (Stalinismus vs. Faschismus/Nationalsozialismus) und dem Ost-West-Konflikt zwischen realexistierendem Sozialismus und liberalen Demokratien wird dabei ein zentraler Stellenwert zukommen. Diese Systemkonflikte betreffen die unterschiedlichen Gesellschaftssysteme, Wirtschaftsordnungen und Politischen Systeme in ihrer geschichtlichen Interdependenz. Die Struktur der Jahrgangsstufe 13 ist hier nur vorläufig angedeutet; Themenvorschläge werden bis zum Schuljahr 1993/94 nachgeliefert.

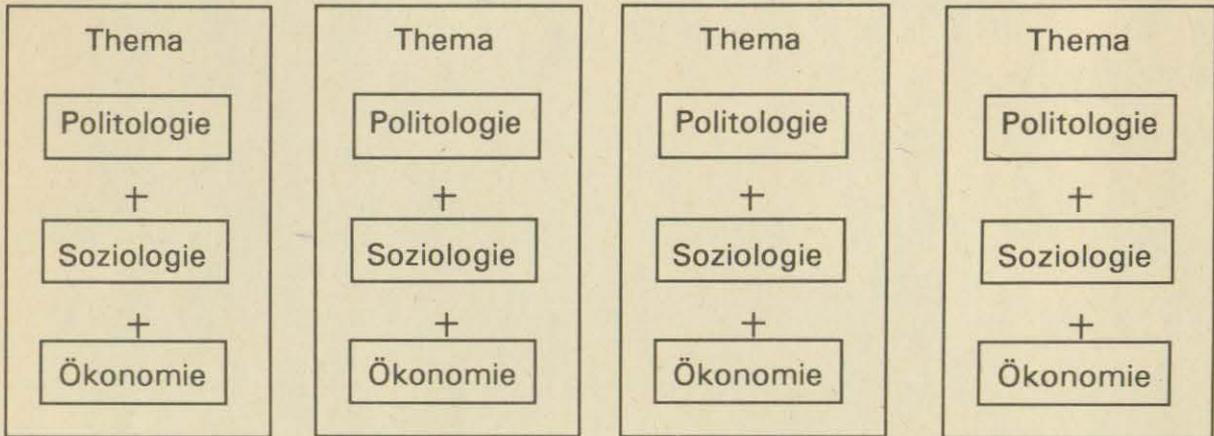
| Sequentialität des Faches: Politische Bildung als Integrationsfach |   |          |
|--|---|----------|
| Integrationsarten  | Erläuterung   | Jahrgang |
| 1. Additive Verknüpfung:   | <p>Der Ausgangspunkt dieser Integrationsart ist die Existenz selbständiger Teildisziplinen, die in den Lernfeldern und in den diesen zugeordneten Themen repräsentiert sind.</p> <div style="display: flex; align-items: center; justify-content: center; gap: 10px;"> <div style="border: 1px solid black; padding: 2px 10px;">Soziologie</div> <span>+</span> <div style="border: 1px solid black; padding: 2px 10px;">Ökonomie</div> <span>+</span> <div style="border: 1px solid black; padding: 2px 10px;">Politologie</div> </div>  | 11       |
| 2. Leitwissenschaftliches Arbeiten:                                | <p>Unter Leitwissenschaft wird diejenige Disziplin verstanden, die für das jeweilige Thema dominant ist, aber über "Brücken", "Aspekte" oder Dimensionen mit einer anderen Disziplin oder beiden anderen verbunden ist.</p> <div style="display: flex; align-items: center; justify-content: center; gap: 20px;"> <div style="border: 1px solid black; padding: 2px 10px;">Leitwissenschaft</div> <div style="text-align: center;"> <pre> graph TD     A[Leitwissenschaft] --- B[2. Disziplin]     A --- C[3. Disziplin] </pre> </div> </div>   | 12       |
| 3. Interdisziplinäre Integration:                                  | <p>Die Komplexität der Realität erfordert Rahmenthemen, für deren Behandlung der spezielle Beitrag der einzelnen Disziplinen abzurufen und zu verknüpfen ist.</p> <div style="display: flex; align-items: center; justify-content: center; gap: 20px;"> <div style="border: 1px solid black; padding: 5px;"> <div style="text-align: center;">Soziologie</div> <div style="text-align: center;">Thema</div> <div style="display: flex; justify-content: space-around;"> <div style="border: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Ökonomie</div> <div style="border: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Politologie</div> </div> </div> </div> | 12       |
| 4. Politische Bildung mit festen Anteilen Geschichte               |   | 13       |

In den Jahrgangsstufen 11 und 12 wird jeweils aus allen vier Lernfeldern ein Thema ausgewählt. In Jahrgangsstufe 13/I werden zwei der vier Lernfelder berücksichtigt (nach Wahl). In Jahrgangsstufe 13/II werden - auch zur Vorbereitung auf die Abiturprüfung - erworbene Kenntnisse und Fähigkeiten an einem neuen Thema vertiefend wiederholt. Das vertiefende Thema in 13/II erhält dadurch eine neue Qualität, daß es eine ausdrückliche Ebene der inhaltlichen oder methodischen bzw. methodologischen Reflexion auf das bisherige Arbeiten betritt.

Die Verbindung von Integrationsarten, Lernfeldern und Abfolge der Jahrgangsstufen ergibt die Übersicht auf der folgenden Seite.

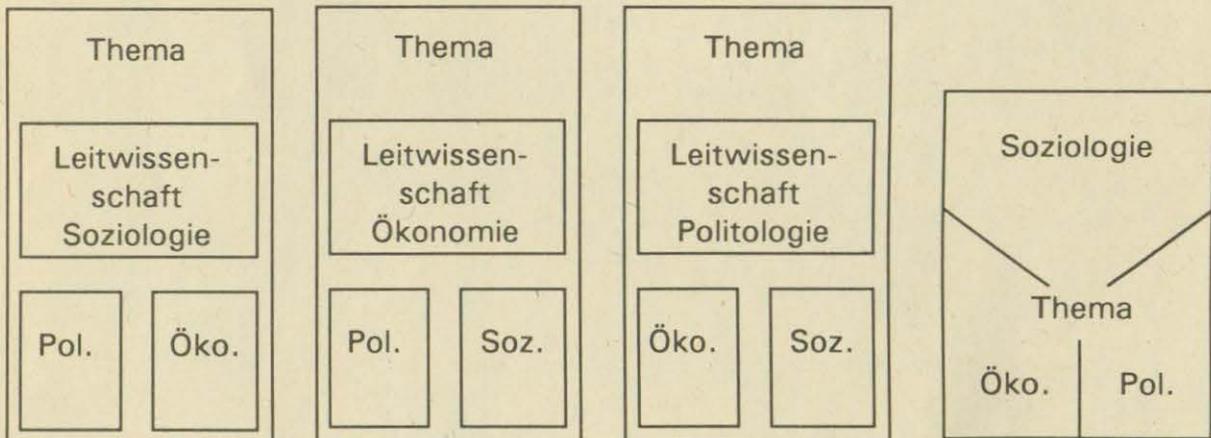


**Jahrgangsstufe 11 (additive Integration)**



**Jahrgangsstufe 12 (leitwissenschaftliches Arbeiten)**

**(interdisziplinäre Integration)**



**Jahrgangsstufe 13 Politische Bildung mit festen Anteilen Geschichte**

### *Grund- und Leistungskurse*

Die Grund- und die Leistungskurse sind gleichermaßen den Qualifikationen und Lernzielen politisch-sozialwissenschaftlicher Bildung verpflichtet.

Alle Kursarten sind auch einer methodischen Progression verpflichtet, die bei der Behandlung jeden Themas in jedem Jahrgang wichtig ist (unbeschadet der Sequentialität des Faches über die Jahrgänge):

- a) Der Bezug zum Schüler und zur Schülerin wird bei jedem Thema über die Phänomene hergestellt, die im Handlungs- und Erfahrungsbereich der Schülerinnen und Schüler stehen. Im ersten Zugriff wird es um elementare sozialwissenschaftliche Denk- und Arbeitsweisen gehen. (Elementares wissenschaftliches Arbeiten)
- b) Ein anspruchsvollerer Zugriff wird mit Hilfe problem- und themenspezifischer Analyseansätze aus den Sozialwissenschaften die Strukturen der gesellschaftlichen Ordnungen herausarbeiten helfen. (Systematisierendes wissenschaftliches Arbeiten)
- c) Schließlich können auch grundsätzliche Fragen der Untersuchung sozialer Prozesse, z. B. die Funktion sozialwissenschaftlicher Erkenntnis in der Praxis, in theoretisch-reflexiver Absicht und Einstellung verhandelt werden. (Theoretisch-reflexives wissenschaftliches Arbeiten)

Dieser Dreischritt von Phänomen - Theorie - Urteil wird im fünfstündigen Leistungskurs häufiger und gründlicher verfolgt werden können.

Leistungskurse - die frühestens im Schuljahr 1994/1995 eingerichtet werden können - werden wegen des höheren Stundenvolumens mehr Teilthemen bzw. Gegenstände behandeln und auch mehr Bezüge zwischen den Sozialwissenschaften herstellen können. Das Verständnis von Integration durch Inter-Disziplinarität, auch vor zeitgeschichtlichem Hintergrund, wird hier materialreicher und demnach auch mit mehr Erfahrung gesättigt sein.

Schließlich bietet der Leistungskurs mehr Gelegenheiten für forschendes Lernen, bei dem die Schülerinnen und Schüler im Unterricht so verfahren, als seien sie forschende Sozialwissenschaftler bzw. -wissenschaftlerinnen. Die beiden Profilkurse in Jahrgangsstufe 11, die zusätzlich zum zweistündigen Grundkurs Politische Bildung von den Schülerinnen und Schülern belegt werden, die ab dem Jahrgang 12 den Leistungskurs belegen wollen, werden über forschendes Lernen definiert:

Die Lerngruppe untersucht soziale, wirtschaftliche oder politische Phänomene mit den Mitteln der empirischen Sozialforschung, soweit sie der Lerngruppe zur Verfügung stehen bzw. gestellt werden können. Befragung, Beobachtung, Dokumentenauswertung, Inhaltsanalyse u. a. bedeuten die Erhebung und Auswertung von Daten unter bestimmten Fragestellungen (Interessen, Hypothesen, Theorien). Diese Fachprojekte forschenden Lernens fördern die sozialwissenschaftliche Propädeutik, ohne daß sie den Unterricht im parallel laufenden Grundkurs (durch Wiederholung oder durch Bereitstellen notwendigen Vorwissens) entwerten. Sie bieten den Lernenden ein hohes Maß an Selbsttätigkeit, also an Verantwortlichkeit für Planung und Durchführung des Unterrichts.

Die Pflichtkurse Politische Bildung in den Jahrgängen 11 und 12 sind mit den Grundkursen dieser Jahrgänge identisch.

Alle Schülerinnen und Schüler (mit Ausnahme derjenigen, die Geschichte als Abiturfach wählen) werden in der Jahrgangsstufe 13 im Fach Politische Bildung integrierende Fragestellungen behandeln, bei denen sie ihre erworbene propädeutische Kompetenz in den Sozialwissenschaften für die Bearbeitung zeitgeschichtlicher Problembereiche einbringen müssen.

Die Abfolge der Pflichtkurse in Politischer Bildung im Zusammenhang mit der weiteren Pflichtbelegung und eventuellen weitergehenden Schülerwahlen im gesellschaftswissenschaftlichen Aufgabenfeld wird in der Graphik auf der folgenden Seite dargestellt.

## VARIANTEN DER PFLICHTBELEGUNG IN POLITISCHER BILDUNG

### a) Politische Bildung als 3. oder 4. Abiturfach

| Politische Bildung              | Mindestbelegungspflicht in einem weiteren gesellschaftswissenschaftlichen Fach |                       |
|---------------------------------|--|-----------------------|
|                                 | Variante I   | Variante II           |
| 13.2<br>histor. Anteile<br>13.1 |  | 13.2<br>-----<br>13.1 |
| 12.2<br>-----<br>12.1           | 12.2<br>-----<br>12.1  |                       |
| 11.2<br>-----<br>11.1           | 11.2<br>-----<br>11.1  | 11.2<br>-----<br>11.1 |

### b) Geschichte als Abiturfach

| Politische Bildung    | Geschichte als 2., 3. oder 4. Abiturfach |
|-----------------------|--|
|                       |  |
| 12.2<br>-----<br>12.1 | 12.2<br>-----<br>12.1                    |
| 11.2<br>-----<br>11.1 | 11.2<br>-----<br>11.1                    |

c) Ein weiteres gesellschaftswissenschaftliches Fach als AbiturfachPolitische  
BildungEin weiteres gesellschafts-  
wissenschaftliches Fach

|                                 |
|---------------------------------|
| 13.2<br>histor. Anteile<br>13.1 |
|---------------------------------|

|                       |
|-----------------------|
| 13.2<br>-----<br>13.1 |
|-----------------------|

|                       |
|-----------------------|
| 12.2<br>-----<br>12.1 |
|-----------------------|

|                       |
|-----------------------|
| 12.2<br>-----<br>12.1 |
|-----------------------|

|                       |
|-----------------------|
| 11.2<br>-----<br>11.1 |
|-----------------------|

|                       |
|-----------------------|
| 11.2<br>-----<br>11.1 |
|-----------------------|

## 2.3 Didaktische Prinzipien

Die im Rahmenplan der Sekundarstufe I erläuterten didaktischen Prinzipien gelten in modifizierter Form auch für den Unterricht im Fach Politische Bildung der gymnasialen Oberstufe. Sie bieten eine Grundlage für das Planen, Abstimmen, Gestalten und Analysieren von Lehr- und Lernprozessen.

### *Schüler- und Lebensweltorientierung*

Das Prinzip der Schüler- und Lebensweltorientierung bezieht sich auf den Alltag, die Erfahrungen und die Interessenlage der Schülerinnen und Schüler. Das heißt, das Fach Politische Bildung thematisiert konkrete Lebenssituationen, Probleme und Konflikte. Dies schließt auch die Berücksichtigung der Situation ein, in der sich die Schülerinnen und Schüler aufgrund ihrer Stellung im Bildungsgang und der Nähe zu weiterführenden Ausbildungswegen befinden. Hinzu kommt, daß die bisherigen schulischen und außerschulischen Sozialisierungserfahrungen und Orientierungen die Interessenlage der Schülerinnen und Schüler prägen. Damit sich die Schülerinnen und Schüler als Gestalter ihrer eigenen Lernprozesse verstehen können, sollte der Unterricht auch von diesen Interessen ausgehen. Die Schülerinnen und Schüler sollten darüber hinaus an der Planung, Gestaltung und Organisation des Unterrichts beteiligt werden.

### *Handlungsorientierung*

Handlungsorientierung fördert die aktive Teilnahme der Schülerinnen und Schüler an Entscheidungsprozessen. Handelndes Lernen in authentischen oder auch in simulierten Situationen eröffnet bewußtere Möglichkeiten in der Auseinandersetzung mit der Wirklichkeit. Mehr als in den vorangegangenen Schulstufen verbindet sich hier Handlungsorientierung mit Selbstorganisation, zielgerichteter Selbsttätigkeit, mit der forschungsmäßigen oder gestalterischen Bearbeitung von Themen und Problemen.

### *Wissenschaftlichkeit*

Das Prinzip der Wissenschaftlichkeit zielt darauf ab, den Schülerinnen und Schülern in steigendem Umfang eine wissenschaftspropädeutische Bildung zu vermitteln. Hierzu gehören vor allem Verfahren der Informationsbeschaffung, der Informationsbewertung und der Informationsnutzung. Das Fach Politische Bildung orientiert sich an den Bezugswissenschaften Politologie, Soziologie und Ökonomie und integriert auch Erkenntnisse anderer Sozialwissenschaften. Diese Wissenschaften bilden insofern eine Basis für die Ordnungsstrukturen, Inhalte, Verfahren und Instrumentarien zur Reflexion von Politik. Wissenschaftspropädeutik fordert nachvollziehbare Begründungen von Sachverhalten, eine klare Begrifflichkeit und differenzierte Wertungen. Dabei werden handelnde und entdeckende Lern- und Arbeitsformen mit systematischem Lernen verbunden.

### *Problemorientierung*

Das Prinzip der Problemorientierung hat zwei Komponenten: die gesellschaftlich definierten Problemstellungen einerseits und die von den Schülerinnen und Schülern artikulierten Probleme andererseits. Hinzu kommt das Mittel der Problemhaftigkeit als didaktisch-gestalterisches Prinzip. Problemorientierung meint hauptsächlich, daß im Unterricht

die sozialen Sachverhalte und Fragen aufgegriffen werden sollten, die im Bewußtsein des einzelnen und der Öffentlichkeit als unbefriedigend, bedrohlich oder defizitär empfunden werden, die in der politischen Auseinandersetzung kontrovers diskutiert werden und zu denen keine eindeutigen, konsensfähigen Lösungsvorschläge bekannt sind.

Problemorientierte Impulse und Aufgabenstellungen sind geeignet, den Schülerinnen und Schülern selbständige Denk- und Arbeitsleistungen abzuverlangen und ihre schöpferischen Fähigkeiten zu fördern. Sie öffnen den Blick für soziale und politische Trends und Hintergründe.

### *Kontroversität und Multiperspektivität*

Das Prinzip der Kontroversität und Multiperspektivität sieht im Konflikt und in der Existenz unterschiedlicher Sichtweisen ein Entwicklungsmoment sowohl für den einzelnen als auch für die Gesellschaft. Es fördert die Kompromiß- und Konsensbildung und die Achtung vor Andersdenkenden und Andersfühlenden (Toleranzgebot). Es setzt voraus, daß Lehrerinnen und Lehrer und Schülerinnen und Schüler ihre unterschiedlichen Meinungen, Sichtweisen und Einstellungen zu politischen und sozialen Fragen gezielt in den Unterricht einbringen.

Das Prinzip der Kontroversität und Multiperspektivität fördert den Austausch unterschiedlicher Standpunkte und beachtet das Überwältigungsverbot. Es hilft, individuelles Darstellungs- und Durchsetzungsvermögen zu entfalten und zugleich Vorurteile und einseitige Sichtweisen zu relativieren.

### *Ganzheitlichkeit*

Das Prinzip der Ganzheitlichkeit schließt inhaltlich die Komplexität und Multiperspektivität der Themen selbst ein. Prozessual meint das Prinzip die Beachtung und Einbeziehung der kognitiven, emotionalen, pragmatischen Aspekte des Lernens in ihrer Gesamtwirkung. Methodisch-didaktisch erfordert es vielfältige Lehr-, Lern- und Arbeitsverfahren, die mehrere Sinnesorgane ansprechen und ein ausgewogenes Verhältnis zwischen rezeptiven, reproduktiven, produktiven, entdeckenden und kreativen Lernformen ermöglichen. Formen des kooperativen und sozialen Lernens dienen zur Unterstützung des Prinzips der Ganzheitlichkeit.

### *Exemplarisches Lernen, Gegenwarts- und Zukunftsbedeutung*

Aus der Vielzahl der für die Bewältigung von Gegenwart und Zukunft relevanten Probleme stellt der Rahmenplan eine begründete exemplarische Auswahl dar. Die Themen stehen jeweils beispielhaft für vergleichbare Problemlagen und bedürfen im Hinblick auf Unterricht der weiteren didaktischen Konkretisierung. Die Gegenwarts- und Zukunftsbedeutung dient bei der Auswahl exemplarischer Themen und Inhalte als wichtiges Kriterium. Dabei ist Zukunft nicht als selbstverständlich verlängerte Gegenwart aufzufassen, sondern als eine durchaus gefährdete Dimension, die durch bewußtes politisches Handeln und Mitentscheiden erst noch gesichert werden muß.

Den allgemeinen Hintergrund für die exemplarische Themenauswahl bilden die Qualifikationen, Ziele und Schlüsselprobleme in ihrem Bezug zu den Erfahrungen und Interessenlagen der Schülerinnen und Schüler.

### *Gegenseitige Achtung und Kooperation im Unterricht*

Die Beziehungen zwischen allen am Unterricht Beteiligten sollen durch gegenseitige Achtung und durch kooperatives Verhalten bestimmt werden. Dies erfordert zugleich wechselseitige freimütige Kritik und persönliche Glaubwürdigkeit der Lehrerinnen und Lehrer und der Schülerinnen und Schüler. Eine offene, vertrauensvolle und angstfreie Unterrichtsatmosphäre ist die Voraussetzung für kontroverse Diskussionen, für begründete Meinungsbildung der Schülerinnen und Schüler im Unterricht, aber auch für partnerschaftliches Verhalten bei der Bearbeitung von Themen und Projekten.

### *Offenheit*

Das Prinzip der Offenheit erfordert erstens einen "offen" gestalteten Rahmenplan, der keine "geschlossenen Deutungseinheiten" konzipiert, sondern Raum für eigene Wertungen und Entscheidungen (vgl. Kontroversität) gibt. Der Rahmenplan bietet dadurch, daß er keine geschlossene, lineare Stoffabfolge vorschreibt, die Möglichkeit einer erfahrungsorientierten und situationsangemessenen Gestaltung der Themen und Inhalte des Unterrichts.

Zweitens muß der Unterricht offen sein für fachübergreifendes Arbeiten mit den Fächern des gesellschaftswissenschaftlichen Aufgabenbereiches und mit weiteren Fächern.

Drittens soll sich der Unterricht ins schulische Umfeld öffnen und dessen Probleme aufzeigen. Das kann durch Erkundungen und Befragungen geschehen, heißt aber auch, Fachleute, Eltern, Politiker, ehemalige Schülerinnen und Schüler usw. in die Schule einzuladen. Der Unterricht selbst und ggf. Projekte werden dadurch bereichert und können lebendiger gestaltet werden. Auch das analytische Niveau des Unterrichts gewinnt durch eine solche Offenheit.

### *Historizität*

Trotz des insgesamt systematischen und erfahrungsbezogenen Anspruchs des Faches darf die historische Perspektive nicht außer acht gelassen werden.

Die meisten Grundprobleme und Grundstrukturen, Macht-, Herrschafts- und Ohnmachtsverhältnisse werden deutlicher wahrnehmbar, wenn sie nicht nur funktional betrachtet werden, sondern auch in ihrer Entwicklung. Indem die Schülerinnen und Schüler die Existenz, Kontinuität und Veränderung jener Strukturen, Probleme und Verhältnisse in geschichtlichen Zusammenhängen analysieren, schärfen sie ihr Bewußtsein für Chancen und Gefahren von Veränderungsprozessen in der Gegenwart und Zukunft. Das Prinzip fördert das Begreifen und Erfahren der Veränderbarkeit gesellschaftlicher Institutionen und Verhältnisse und vermittelt einen Einblick, wie es möglich ist, an der Gestaltung der Lebenswelt aktiv und verantwortlich mitwirken zu können.

## 2.4 Methodenkonzeptionen

Die methodische Gestaltung des Unterrichts im Fach Politische Bildung wird auf mehreren Ebenen für Demokratie-Lernen und die Hinführung zu wissenschaftlichem Arbeiten relevant:

- als Orientierung des Unterrichts an **sozialwissenschaftlichen Verfahren** des Erkennens politisch-gesellschaftlicher Wirklichkeit
- als fortschreitende Entwicklung methodischer Fähigkeiten und Fertigkeiten der Schülerinnen und Schüler (**Methodenkompetenz**) selbst,
- als didaktische **Lernverfahren** der Strukturierung von Unterrichtsreihen.

Diese drei methodischen Ebenen stehen in einem Zusammenhang: Im Fach Politische Bildung sind insbesondere Verfahren forschenden und entdeckenden Lernens geeignet, die Methodenkompetenzen der Schülerinnen und Schüler zu fördern. Allerdings ist die Propädeutik sozialwissenschaftlichen Denkens und Handelns in der Sekundarstufe II kein Selbstzweck: Sie ist der politischen Bildung zugeordnet und bereitet zugleich auf die Bearbeitung komplexer Aufgabenstellungen im öffentlichen Leben, in Studium und Beruf vor.

Lehrerinnen und Lehrer sind frei in der Wahl der Unterrichtsmethoden und Lernverfahren. Dessen ungeachtet lassen sich einige Kriterien der Beurteilung von didaktischen Methodenkonzeptionen benennen, die einem Unterricht im Sinne der Qualifikationen und Lernziele dieses Rahmenplanes und der Erschließung der in ihm vorgeschlagenen Themen und Inhalte in besonderer Weise entsprechen:

- Ermöglichung der Selbsttätigkeit von Schülerinnen und Schülern unter Berücksichtigung ihrer alltagsweltlichen Erfahrungen,
- Orientierung an den Standards und Vorgehensweisen wissenschaftlicher Methoden der Analyse und des Verstehens von Gesellschaft und Politik,
- problemorientierte Bearbeitung strittiger, noch nicht entschiedener Fragen und Konflikte,
- Multiperspektivität, Vielfalt und Abwechslungsreichtum der Unterrichtsformen.

Verschiedene Methodenkonzeptionen sind mit jeweils unterschiedlicher Schwerpunktsetzung dazu geeignet, den Lernprozeß in Unterrichtsreihen des Faches Politische Bildung der Sekundarstufe II zu strukturieren. Die folgende Auflistung ist weder vollständig noch als Rangfolge zu verstehen.

### *Diskursive Verfahren*

Diskussion, Debatte und Streitgespräch vermögen Kommunikationsfähigkeit, Toleranzbereitschaft und die Fähigkeit zur Artikulation eines eigenen Standpunktes zu fördern. Das gleichberechtigte Gespräch unter Einschluß von Lehrerin und Lehrer ist eine Form demokratischer Teilhabe. Gleichzeitig können im zwanglosen Diskurs Kritik und die Abwägung von Geltungsansprüchen als wichtige Prinzipien wissenschaftlicher Erkenntnis entwickelt werden.

### *Lehrgang*

Meist ausgehend von der Fachsystematik eines Lehrbuches oder anderer wissenschaftlicher Literatur können zusammenhängend Grundlagen eines Sachgebietes erarbeitet werden. In Form von Lehrervortrag, Schülerreferat und Unterrichtsgespräch werden im Lehrgang vor allem durch den kritischen Nachvollzug von Ergebnissen der Sozialwissenschaften besonders kognitive Lernziele angestrebt. Interdisziplinäres Lernen, die Selbststeuerung des Unterrichtsgeschehens durch die Lernenden sowie affektive und handlungsbezogene Zieldimensionen treten im Lehrgang eher zurück.

### *Problemstudie*

Sozialstudien als Untersuchung themenbezogener Fragestellungen sind stärker durch die einzelnen Phasen aufgabenspezifischer Problemlösungsstrategien bestimmt (z. B.: Problemformulierung, Hypothesenbildung, Informationssammlung, Datenanalyse, Überprüfung der Hypothesen, Bewertung von Lösungsalternativen). In Problemstudien steht die Auseinandersetzung mit Vorhandenem im Vordergrund; instrumentelle und analytische Fähigkeiten sowie die selbständige Konstruktion eines Untersuchungsweges werden besonders angesprochen.

### *Fallstudie*

Eine spezielle Form der Problemstudie ist die Fallanalyse oder Fallstudie. An Hand eines zeitgeschichtlichen oder aktuellen Beispiels wird eine konkrete Folge von Realsituationen analysiert. An den Phasen des Handlungsablaufes entlang können im Sinne exemplarischen Lernens komplexe und abstrakte Strukturen verdeutlicht werden. Solche kasuistischen Methodenarrangements fordern stark die Urteils- und Entscheidungsfähigkeit der Schülerinnen und Schüler heraus.

### *Simulation*

In den ansonsten recht unterschiedlichen Methoden: Rollenspiel, Planspiel, Tribunal, Verhandlungssimulation, Computersimulation usw. gehen immer ein spielerisches Moment und ein modellhafter Realbezug eine Synthese miteinander ein. Dieses Lernen am fiktiven Modell hat eine ausgeprägte Phantasie- und Zukunftskomponente mit der Betonung affektiver und sozialer Lernziele, es bedarf aber auch einer regelmäßigen Rückversicherung und Kontrolle an der sozialen Wirklichkeit.

### *Zukunftswerkstatt*

Mit Hilfe dieser Lernform können Gruppen gemeinsame Lösungswege für anstehende Aufgaben und offene Fragen entwerfen. Zu einer Vielzahl von Zukunftsproblemen können von einer Kritikphase ausgehend über eine sogenannte Phantasiephase konkrete Utopien in der abschließenden Verwirklichungsphase nach bestimmten Verfahrensregeln entwickelt werden. Je nach Variante wird eine Zukunftswerkstatt mit oder ohne eingeschobene fachwissenschaftliche Zwischenphasen durchgeführt. Dem schulischen Einsatz dieser Methode in ihrem gesamten Umfang sind Grenzen gesetzt; einzelne Abschnitte oder Arbeitsformen sind aber auch im Unterricht durchaus anwendbar.

### *Kreative Medienarbeit*

Beim Herstellen von Flugblatt und Plakat, Photographie und Graphik, Zeitung(-artikel) und Radiosendung, Hörspiel und (Video-)Film müssen Produktion und Analyse von Medien eng miteinander verknüpft sein, wenn sie im politisch-sozialwissenschaftlichen Unterricht eingesetzt werden. Schärfung der sozialen Wahrnehmung und Förderung der Kreativität sind herausragende Eigenschaften dieser Methoden, denen in einer Zeit, in der politisch-gesellschaftliche Phänomene dem einzelnen vornehmlich als medienkonstruierte Wirklichkeiten entgegentreten, steigende Bedeutung zukommt.

### *Sozialwissenschaftliche Verfahren*

Fast alle Methoden der empirischen Sozialforschung wie z. B. Befragung, teilnehmende Beobachtung und Experiment sind in didaktisch reduzierter Weise auch im Unterricht praktisch durchführbar. Über die rein theoretisch-reflexive Beschäftigung hinausgehend liegen hier Lernchancen im realen Vollzug von Erkenntnisschritten. Und zum Kennenlernen der exakten Regeln von Forschung tritt die notwendige Einsicht in das Zustandekommen von intersubjektiven Aussagen über die politisch-soziale Wirklichkeit. Allerdings darf die Schulklasse nicht mit einem Forschungsinstitut verwechselt werden; pädagogische Elementarisierung ist erforderlich.

### *Projektunterricht*

Die fachliche Einbeziehung von projektorientiertem Unterricht, Einzelprojekten und Projektwochen ist sehr anspruchsvoll. Das hohe Maß von Selbstbestimmung durch die Schülerinnen und Schüler bei Themenformulierung und Festlegung der Vorgehensweise sowie die integrale Produktorientierung dieser Methodenkonzeption machen sie schwierig und aufwendig. Zugleich aber werden hier kognitive, emotionale und soziale Lernpotentiale in einer Intensität freigesetzt, die das eingegangene didaktisch-methodische Risiko rechtfertigen.

## **3. Hinweise zur Leistungsbewertung**

### **3.1 Funktionen der Leistungsbewertung**

Leistungsbewertung im Fach Politische Bildung ist ein sensibles Feld. Keineswegs darf der Inhalt politischer Meinungsäußerungen von Schülerinnen und Schülern in die Leistungsbewertung einbezogen werden.

Aufgabe der Leistungsbewertung ist es, den Schülerinnen und Schülern Aufschluß zu geben, in welchem Maße das Ziel der Jahrgangsstufe erreicht worden ist. Die Leistungsbewertung ist Grundlage für die Entscheidungsfindung über die Versetzung. Der fördernde und ermutigende Charakter der Bewertung sollte genutzt werden.

Beurteilt und benotet werden können erworbene Kenntnisse, Erkenntnisse und Fähigkeiten. Sie bestimmen sich inhaltlich aus dem wissenschaftspropädeutischen Anspruch der gymnasialen Oberstufe. Bewertet werden können dabei der Umfang, die selbständige

Anwendung der Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten sowie die Art der Darstellung, die logische und sachgerechte Argumentation und das Aufgreifen von Gegenargumenten.

Nicht alle Qualifikations- und Lernzielbereiche, z. B. die Förderung von Handlungsbereitschaft oder die Fähigkeit zu verantwortlichem Handeln, können formal abgeprüft werden. Pädagogisches Wertes reicht über die Zensur hinaus und ist besonders dann positiv wirksam, wenn sich gleichzeitig ein kooperatives Verhältnis zwischen Lehrenden und Lernenden herausbildet.

Hierfür ist kennzeichnend, daß die Lehrerinnen und Lehrer ihre Anforderungen und Bewertungsgrundsätze den Schülerinnen und Schülern transparent machen, ihre Benotung begründen sowie den Schülern jederzeit Information über ihren Leistungsstand ermöglichen. Unter diesen Voraussetzungen können die Schülerinnen und Schüler ihren Leistungsstand analysieren, den Erfolg des gezeigten Lernverhaltens einschätzen und aus Lernfortschritten neue Motivationen entwickeln. Die Lehrerinnen und Lehrer erhalten durch die Leistungsbewertung Auskunft über die Umsetzung erstrebter Qualifikationen und Lernziele, erhalten auch eine Rückmeldung über Schülerinteressen und können mit diesen Erfahrungen zukünftigen Unterricht planen.

### 3.2 Anforderungsbereiche

Entsprechend der einheitlichen Prüfungsanforderungen (EPA) werden für die Festsetzung der Bewertungsmaßstäbe drei Anforderungsbereiche unterschieden:

Der Anforderungsbereich I umfaßt

- die Wiedergabe von Sachverhalten aus einem abgegrenzten Gebiet im gelernten Zusammenhang,
- die Beschreibung und Darstellung gelernter und geübter Arbeitstechniken in einem abgegrenzten Gebiet und einem wiederholten Zusammenhang.

Der Anforderungsbereich II umfaßt

- selbständiges Erklären, Bearbeiten und Ordnen bekannter Sachverhalte,
- selbständiges Anwenden und Übertragen des Gelernten auf vergleichbare Sachverhalte.

Der Anforderungsbereich III umfaßt das planmäßige Verarbeiten komplexer Gegebenheiten mit dem Ziel, zu selbständigen Begründungen, Folgerungen, Deutungen und Wertungen zu gelangen.

Diese drei Anforderungsbereiche kennzeichnen zugleich Niveaustufen und bauen aufeinander auf, wenngleich sie nicht schematisch voneinander abgegrenzt werden können.

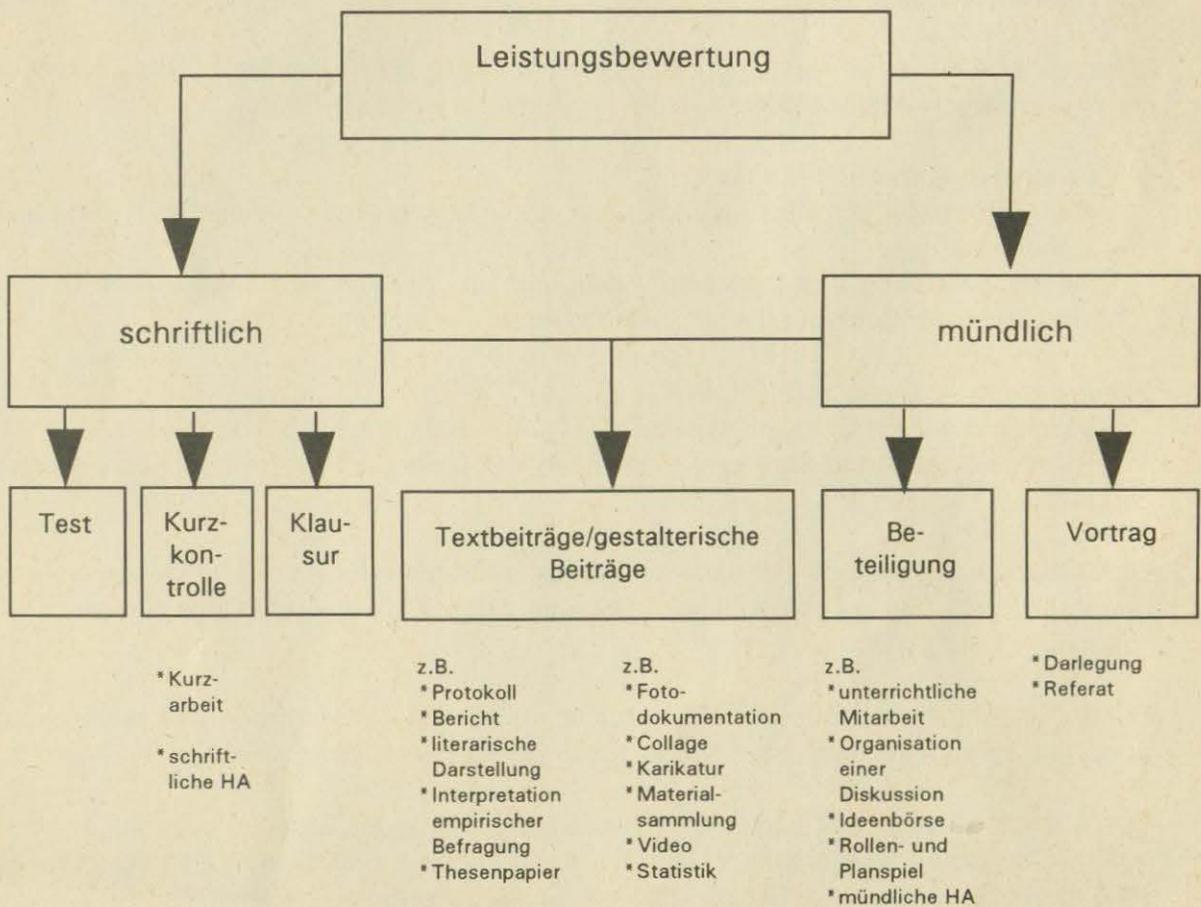
Der Anforderungsbereich I bezieht sich in diesem Sinne auf Grundanforderungen, die im Anforderungsbereich II erweitert werden. Zielintention des Unterrichts in der gymnasialen Oberstufe sollte die Erfüllung des Anforderungsbereiches III sein. Bei der Ausarbeitung und Anwendung der Bewertungsmaßstäbe muß daher das unterschiedliche An

spruchsniveau der Anforderungsbereiche berücksichtigt werden. Eine ausführliche Darstellung der Anforderungsbereiche entsprechend der EPA befindet sich im Anhang. Näheres regeln die Ausbildungs- und Prüfungsordnungen.

### 3.3 Bewertungsfelder

Die Leistungsbewertung umfaßt den schriftlichen und mündlichen Bereich. Insgesamt können sechs Bewertungsfelder unterschieden werden. Eine herausgehobene Bedeutung hat auf der Basis der Ausbildungsordnung die Klausur. Aus diesem Grund werden im Anschluß an das Schaubild Ausführungen zur Klausur gemacht.

Der wissenschaftspropädeutische Anspruch soll innerhalb der Bewertungsfelder berücksichtigt werden. Kreativ-gestalterische Aufgaben und eigenständige Textbeiträge sind in der gymnasialen Oberstufe gegenüber den traditionellen Bewertungsfeldern weiter zu fördern.



## Klausur

Die häufigste Aufgabenart in der Klausur ist die materialgebundene Aufgabe mit gegliederter Aufgabenstellung. (Denkbar ist auch eine materialgebundene Aufgabe mit einheitlicher Aufgabenstellung.) Das am häufigsten vorkommende Material dürfte ein Text sein; das Material kann aber auch eine Statistik, ein Bild usw. sein. Das Material darf in dieser Zusammenstellung im Unterricht nicht verwendet worden sein.

Die Aufgabenstellung richtet sich allgemein nach den Zielen und Inhalten, die im Rahmenplan des Faches ausgewiesen sind. Im besonderen gilt:

- Die Aufgabe muß aus dem Unterricht hervorgehen.
- Das Verhältnis zwischen Umfang und Schwierigkeitsgrad des Materials bzw. der Aufgabenstellung einerseits und der Arbeitszeit sowie den unterrichtlichen Voraussetzungen andererseits muß abgewogen sein.
- Die Arbeitsanweisungen müssen klar und eindeutig formuliert sein.
- In der gegliederten Aufgabenstellung müssen die einzelnen Arbeitsanweisungen einen sinnvollen Zusammenhang und eine sinnvolle Reihenfolge haben. Jede Aufgabe bildet eine thematische Einheit.

Die Gliederung der Aufgabenstellung erleichtert durch Eingrenzung, Akzentuierung und Präzisierung die Lösung der Aufgabe und die Beurteilung der Leistung.

Darüber hinaus bietet die Gliederung in der Aufgabenstellung häufig die Möglichkeit, die drei Anforderungsbereiche ausdrücklich als Aufgabe zu formulieren. So könnte in der ersten Teilaufgabe die Wiedergabe von Informationen, Argumentationen o. a. z. B. aus einem Text oder von Kenntnissen, über die Schüler aus dem Unterricht verfügen können müßten, verlangt werden. In der zweiten Teilaufgabe könnte die Anwendung von Kenntnissen in einem neuen Zusammenhang gefordert werden. Die dritte Teilaufgabe könnte schließlich Problemlösungen oder Wertungen ansprechen.

Die Abfolge der Anforderungsbereiche entspricht der zunehmenden Selbständigkeit der geforderten Leistung. Dabei ist der Grad der Selbständigkeit konkret abhängig von den Unterrichtsvoraussetzungen. Grundlage für die Bewertung der Leistung sind die Anforderungen, die in der Aufgabenstellung enthalten sind. Die Art der Bearbeitung kann nach Qualität, Quantität und Kommunikationsfähigkeit unterschieden werden.

Zum Aspekt der Qualität gehören u. a.: Erfassen der Aufgabe, Genauigkeit der Kenntnisse und Einsichten, Sicherheit in der Beherrschung der Methoden und der Fachsprache, Stimmigkeit und Differenziertheit der Aussage, Herausarbeiten des Wesentlichen, Anspruchsniveau der Problemerkennung, Fähigkeit zur kritischen Würdigung der Bedingtheit und Problematik eigener und fremder Auffassungen.

Zum Aspekt der Quantität gehören u. a.: Umfang der Kenntnisse und Einsichten, Breite der Argumentationsbasis, Vielfalt der Aspekte und Bezüge.

Zum Aspekt der Kommunikationsfähigkeit gehören u. a.: Klarheit der Aussage, Übersichtlichkeit der gedanklichen Entwicklung, korrekte Wiedergabe von Aussagen anderer (durch Verwendung des Konjunktivs, durch Verwendung von Zitaten oder anderer Mit-

tel, die die Stellung des Schreibers bzw. der Schreiberin zur Aussage kennzeichnen), Lesbarkeit durch eine geschlossene Aufsatzform (in der die Einleitung zum Thema hin­führt und Überleitungen die innere Verknüpfung zwischen den Teilaufgaben herstellen).

Die Reichhaltigkeit und Schlüssigkeit der Argumentation steht im Mittelpunkt der Bewertung. Das individuelle Werturteil des Schülers bzw. der Schülerin bleibt dabei unberück­ichtigt, nicht aber die innere Stimmigkeit und Nachvollziehbarkeit der Herleitung.

Bei der Korrektur empfiehlt es sich, Vorzüge der Arbeit herauszustellen sowie Defizite und Fehler in der Klausur durch knappes Unterstreichen im Text genau zu lokalisieren und am Rande mit dem entsprechenden Korrekturzeichen zu versehen. Korrekturzeichen können sein: Sachlicher Fehler (Sa), Denkfehler (D), Beziehungsfehler (Bz), Satzbaufehler (Sb), Grammatikfehler (Gr - sofern nicht durch Bz oder Sb erfaßt), Streichung von über­flüssigem (—), Einschub von Fehlendem (V), Ausdrucksfehler (A), Wiederholungsfehler (WdH), Rechtschreibfehler (R), Interpunktionsfehler (Z), Fehlen eines Absatzes (┘).

Eine nähere Erläuterung hinter dem Korrekturzeichen empfiehlt sich bei den Fehlerarten Sa, D, Bz, A. Diese Erläuterung dient der klareren Beschreibung des Fehlers. Hinter eine solche Präzisierung eines Fehlers kann der korrigierende Lehrer nach pädagogischem Ermessen auch Verbesserungsvorschläge setzen. Diese Vorschläge sollen den Schüle­rinnen und Schülern helfen, die Kritik an der Klausur besser zu verstehen und aus ihr zu lernen.

Die Begründung der Note, die Note, Paraphe der Lehrerin oder des Lehrers und das Da­tum der abschließenden Bearbeitung sind unmittelbar unter die Schülerarbeit zu schrei­ben.

Die Klausuren sind sobald wie möglich zu korrigieren und zu benoten, den Schülerinnen und Schülern zurückzugeben und zu besprechen. Vor der Rückgabe und Besprechung der Klausur oder am Tage der Rückgabe darf im gleichen Kurs keine neue Klausur ge­schrieben werden. Die Anzahl und der zeitliche Umfang der Klausuren werden durch Verwaltungsvorschriften geregelt.

#### **4. Zum Umgang mit dem Rahmenplan für Politische Bildung**

Der Plan gibt einen Rahmen für den Unterricht im Fach Politische Bildung vor; er ist durch Offenheit gekennzeichnet. Dieser Rahmen wird von Lehrerinnen und Lehrern in Zusammenarbeit mit den Schülerinnen und Schülern gefüllt. Der Zusammenhang von Bindung und Freiheit ermöglicht Spielräume für eigenverantwortliches pädagogisches Handeln und fordert ihre Ausgestaltung.

Verbindlich für den Unterricht in Politischer Bildung sind:

- die Orientierung des Unterrichts an den Qualifikationen und Lernzielen,
- die Berücksichtigung der Schlüsselprobleme,
- die Berücksichtigung der vier Lernfelder durch je ein Thema in den Jahrgängen 11 und 12, die Berücksichtigung von drei Lernfeldern durch je ein Thema im Jahrgang 13,

- die Entwicklung der sozialwissenschaftlichen Propädeutik von additiver Verknüpfung (Jahrgang 11) über leitwissenschaftliches Arbeiten (Jahrgang 12) zu interdisziplinärer Integration (im letzten Viertel des Jahrgangs 12) bis hin zu interdisziplinärer Integration mit zeitgeschichtlichem Hintergrund (Jahrgang 13),
- die Orientierung an den didaktischen Prinzipien.

Die Wahl der Themen und Gegenstände sowie die Methodenwahl sind den Kursen überlassen. Die Möglichkeiten sowie die Bedürfnisse und Interessen der beteiligten Lehrenden und Lernenden sind die Grundlage für die Themenwahl. Die Fachkonferenzen können verabreden, daß bestimmte Themen von allen Parallel-Kursen behandelt werden. Solche Verabredungen dürfen die Entscheidungsspielräume der Einzelkurse nicht zu stark einengen.

Die Lehrerin/der Lehrer stellt dem Kurs zu Beginn des Schuljahres die Bindungen bzw. Spielräume vor und erläutert eventuelle Beschlüsse der Fachkonferenz und ihre/seine eigenen Möglichkeiten. Gemeinsam stellen Lehrer und Schüler Einvernehmen über die Themen her. Auch die Methode kann verabredet werden. Dabei ist zu berücksichtigen, daß der Unterricht die Qualifikationen und Lernziele anstrebt, daß die Lernfelder konkretisiert werden und daß die politisch-sozialwissenschaftliche Propädeutik entwickelt wird.

Schüler- und Lehrerwünsche bzw. die verabredeten Themen werden sich häufig auf aktuelle Konflikte oder Vorfälle beziehen; in anderen Fällen werden Sachinhalte (z. B. Grundgesetz) oder Bereiche der Lebenswelt (z. B. Familie oder Schule) benannt werden.

Zur didaktischen Planung für den Unterricht können u. a. die folgenden Fragen dienen:

- 1) Welche Qualifikation bzw. welche Lernziele geben der Behandlung im Unterricht die Zielrichtung?
- 2) Welches Schlüsselproblem rückt ins Blickfeld der Reflexion?
- 3) Wie ist der Stand der fachwissenschaftlichen Diskussion?
- 4) Welche politischen Auffassungen und Kontroversen gibt es zum Thema?
- 5) Wie wird der Inhalt strukturiert? (Fall-, Problemanalyse oder ein stärker fachwissenschaftlich-systematischer Zugriff oder ein Wechsel von Zugriffen?)
- 6) Welche Unterrichtsmethoden bzw. Verfahren werden für den Unterricht gewählt?
- 7) Wie wird Realität in den Lernprozeß geholt? (Wird z. B. über einen Fall geredet oder wird der Fall simulierend gehandelt bzw. die Entscheidung gespielt? usw.)
- 8) Sind die didaktischen Prinzipien genügend berücksichtigt?
- 9) Wie wird der zeitgeschichtliche Hintergrund im Jahrgang 13 berücksichtigt?

Diese Entscheidungen konkretisieren die Themenwahl für den Unterricht. Dabei gibt die Wahl der Qualifikation(en) bzw. der Lernziele der Bearbeitung des Inhalts die Zielvorstellung, also die didaktische Perspektive. Ebenso sind Schlüsselprobleme geeignet, an die Inhalte und Gegenstände Fragen zu stellen und Aufforderungen zu formulieren. Solche Ziele, Fragen bzw. Aufforderungen geben den Inhalten, wie sie in den Wissenschaften sach-systematisch gefaßt werden, eine politisch gehaltvolle Akzentuierung. Die Zielvorstellung für die Behandlung des Inhalts wird weiter zugespitzt durch die Verfahrensentscheidungen für den Unterricht.

Das Thema des Unterrichts formuliert die didaktische Perspektive und nicht nur den Inhalt. Ein durch Qualifikation bzw. Schlüsselproblem erschlossener Inhalt ergibt das Thema. (Beispiele für mögliche Themenformulierungen finden sich unten im Kapitel 5.) Die Themenbeispiele sind so weit gefaßt, daß aus den angebotenen möglichen Gegenständen und Problemen gewählt werden kann.

Die Prozesse didaktisch-methodischer Reflexion sind nicht linear zu handhaben; in der Praxis ist dies ein Wechselspiel von Fragen und (provisorischen) Antworten zu den unterschiedlichen o. g. Punkten, wobei keine feste Reihenfolge existiert. Der Zusammenhang der unterschiedlichen Entscheidungsdimensionen ist wichtig; hier werden methodische Arrangements als Teil der didaktischen Entscheidung begriffen.

## 5. Lerninhalte

Gegenstand des Unterrichts im Fach Politische Bildung ist die soziale Wirklichkeit,

- wie sie von den Bürgerinnen und Bürgern wahrgenommen wird,
- wie sie von den gesellschaftswissenschaftlichen Disziplinen dargestellt wird,
- wie sie sich vor dem zeitgeschichtlichen Hintergrund verändert und
- wie sie von gesellschaftlichen Gruppen und einzelnen Personen interpretiert wird.

Eine Frage aus dem wirtschaftlichen, gesellschaftlichen oder staatlichen Leben wird dann zu einem Problem von öffentlichem Interesse, d. h. eine politische Frage, wenn sie noch nicht abschließend entschieden ist und in der Gesellschaft noch strittig behandelt wird, aber eine allgemeinverbindliche Regelung angestrebt ist. Demnach ist Politik nicht nur durch den Bezug auf Macht und Ordnung bestimmt, sondern umfaßt auch die Bearbeitung gesellschaftlicher Probleme und Konflikte.

Es lassen sich analytisch und in didaktischer Absicht vier Inhaltsbereiche der Politischen Bildung bestimmen, die als Erfahrungs- und Handlungsfelder der Politik bezeichnet werden können: Gesellschaft, Wirtschaft, Demokratie und Die Eine Welt. In dieser Systematik sind die Inhalte des Faches Politische Bildung so in Lernfeldern geordnet, daß sie jeweils miteinander verwandte Themen des politischen Lernens überschaubar und sinnvoll bündeln. Diese vier Lernfelder sind keine in sich abgeschlossenen Bereiche. Sie stehen vielmehr in einem wechselseitigen Abhängigkeitsverhältnis zueinander; bei komplexen Unterrichtsthemen sind diese lernfeldübergreifenden Interdependenzen zu berücksichtigen.

### *Lernfeld Gesellschaft*

Zu den Inhalten des sozio-kulturellen Feldes gehören vor allem Fragen der Sozialstruktur und des sozialen Wandels als Hintergrund der Erörterung verschiedener Vorstellungen zur Lösung gesellschaftlicher Probleme. Mögliche inhaltliche Schwerpunkte: Schichten und Klassen, Sozialisation und Individuation, Normen und Werte, Gruppen und Institutionen, die politische Kultur, Geschlechter und Generationen, Identitätsfindung in Umbruchsituationen, politische Sozialisation und Demokratie Lernen usw.

### *Lernfeld Wirtschaft*

In diesem Feld sind insbesondere solche Strukturen und Prozesse wirtschaftlichen Handelns zusammengefaßt, die in einem Bezug zu unterschiedlichen Wirtschaftsordnungen, zu wirtschaftspolitischen Strategien und zur Rolle des arbeitenden und konsumierenden Menschen stehen. Inhaltliche Schwerpunkte sind z. B.: Strukturpolitik, Konjunkturpolitik, Verteilungspolitik, konkurrierende Wirtschaftssysteme, Technologie- und Umweltpolitik, Berufs- und Arbeitswelt unter besonderer Berücksichtigung der Situation im Land Brandenburg usw.

### *Lernfeld Demokratie*

Hier sind insbesondere solche Gegenstände angesprochen, die unter dem Gesichtspunkt der innerstaatlichen Ordnungen politischer Systeme und der Prozesse politischer Partizipation gesehen werden. Mögliche inhaltliche Schwerpunkte: die Verfassung des demokratischen Rechts- und Sozialstaates, politische Willensbildung, demokratische Mitbestimmung und Mitwirkung, Ideen und Herrschaftssysteme, demokratische und autoritäre Systeme usw.

### *Lernfeld Die eine Welt*

Das Feld umfaßt primär außenpolitische und globale Fragen im Zusammenhang mit der Regelung internationaler Beziehungen. Inhaltliche Schwerpunkte sind z. B.: Friedens- und Sicherheitspolitik, Deutschland und Europa, Nachwirkungen des Ost-West-Konflikts, das Verhältnis der Industriestaaten zur "Zwei-Drittel-Welt", Weltwirtschaftsordnung, Nationalstaaten und kulturelle Vielfalt usw.

### *Zusammenarbeit zwischen Geschichte und Politische Bildung*

Zwischen den Kursen der Fächer Geschichte und Politische Bildung gibt es auf der Ebene der Unterrichtsinhalte eine Fülle von Kooperationsmöglichkeiten. Diese Kooperation der Sachgebiete ist einerseits erwünscht und gewollt, darf aber andererseits nicht verwischen, daß beide Fächer deutlich voneinander unterscheidbare Lerngegenstände, Bearbeitungsperspektiven, thematische Fragestellungen und methodische Zugänge haben. Die Nähe der Rahmenthemen und Lernfelder z. B. zwischen "Weltprobleme und -konflikte des 19. und 20. Jahrhunderts" (Geschichte, Rahmenthema 4) und "Die Eine Welt" (Politische Bildung, Lernfeld 4) sollte in Absprachen zwischen den Fachlehrerinnen und -lehrern in der Fachbereichskonferenz der gesellschaftswissenschaftlichen Fächer zu Abstimmungen der Kursplanungen bis hin zur Verabredung einzelner fächerübergreifender Lernvorhaben (z. B. gemeinsame Projekte) genutzt werden. Im Rahmen der schulischen Möglichkeiten können auch bei einer großen Anzahl von Kursthemen solche Bezüge zwischen den Fachkursen hergestellt werden. Bei den Kursthemen "Geschichte der Geschlechterbeziehungen" (Geschichte) und "Emanzipation der Frau" (Politische Bildung) bieten sich Kooperationen in besonderer Weise an.

## Themenvorschläge. Tabellarische Übersicht

## 5.1. Jahrgangsstufe 11

| Lernfeld Gesellschaft   |  | Jg. 11      |
|---|--|-------------|
| Themenbeispiele   | Mögliche Gegenstände/Probleme  | Disziplinen |
| 1. "Geboren in verschiedenen Systemen" -<br><br><u>Sozialisation</u> West<br>-<br>Sozialisation Ost                 | - Sozialisation in verschiedenen Systemen<br>- Gesellschaftstheorien (u. a. Kritische Theorie nach HABERMAS)   | Soziologie  |
|   | - Sozialismus und Kapitalismuskritik<br>- Sozialismustheorien, Schwierigkeiten im Einigungsprozeß, Eckpfeiler einer demokratischen Gesellschaft und ihre Gefährdungen, gibt es zweierlei Deutsche?               | Politologie |
|   | - Ökonomische Prämissen der Systeme<br>- Strukturwandel in Ostdeutschland  | Ökonomie    |
| 2. "Ausländerfeindlichkeit - nur Gefahr von rechts?" -<br><br><u>Ausländerfeindlichkeit und Rechtsextremismus</u>   | - Bestandsaufnahme Rechtsextremismus<br>- empirische Methoden zur Erfassung rechtsgerichteter Einstellung<br>- Gruppenstrukturen (u. a. autoritäre Orientierungen)<br>- Gruppenprozesse (Vorurteile, Aggression) | Soziologie  |
|   | - Rechtsextremismus im politischen Spektrum<br>- Bekämpfung des Rechtsextremismus<br>- Migrationen, Einwanderungspolitik<br>- Asylrecht, GG-Änderung   | Politologie |
|   | - Arbeitsmarkt<br>- Arbeitslosigkeit<br>- Zusammenbruch der Wirtschaft ohne Ausländer?<br>- Rechtsradikalismus und ökonomische Krisensituation   | Ökonomie    |
| 3. "Kommt man so auf die schiefe Bahn?" -<br><br><u>Jugendkriminalität:</u><br>Erscheinungsformen, Ursachen, Folgen | - Erscheinungsformen<br>- empirische Daten<br>- Erklärungsansätze (soziologische, psychoanalytische u. a.)   | Soziologie  |
|   | - Sozialarbeit<br>- Sozial- und Familienpolitik<br>- Strafrecht<br>- Strafvollzug  | Politologie |
|   | - Resozialisierung<br>- Arbeitsplätze  | Ökonomie    |
| und andere gleichwertige Themen   |  |             |

| Lernfeld Wirtschaft  |   | Jg. 11      |
|--|---|-------------|
| Themenbeispiele  | Mögliche Gegenstände/Probleme   | Disziplinen |
| 1. "Ist der Kunde König?" -<br><br><u>Jugend und Konsumverhalten</u>                                   | - Manipulation durch Werbung<br>- Analyse von Werbetechniken<br>- Verhalten der Konsumenten bei Kaufentscheidungen  | Soziologie  |
|  | - Werbebeschränkungen?<br>- Verbraucherschutz<br>- Wettbewerbspolitik<br>- Einfluß der Verbraucher und ihrer Interessenvertretung auf die Produktion  | Politologie |
|  | - Funktion der Werbung in der Marktwirtschaft: Information, Förderung von Wettbewerb und Markttransparenz, Bedürfnisweckung<br>- Aufwendungen für Werbung<br>- Bedeutung des Wettbewerbs für Kaufentscheidungen | Ökonomie    |
| 2. "Wird Arbeit immer weniger verfügbar?" -<br><br><u>Arbeit in der modernen Industriegesellschaft</u> | - Arbeit und Selbstverwirklichung<br>- Arbeitsbegriff<br>- Entfremdung der Arbeit<br>- Postmoderne Theorien der Umverteilung von Arbeit (z. B. GORZ)  | Soziologie  |
|  | - Arbeitslosigkeit im Spiegel der Parteien und Bürgerbewegungen<br>- Arbeitsmarktsituation in Brandenburg   | Politologie |
|  | - Automatisierung, Rationalisierung und ihre Folgen<br>- soziale Auswirkungen der Marktwirtschaft   | Ökonomie    |
| 3. "Brandenburg - Land der Rentner?" -<br><br><u>Industrieansiedlung und Strukturentwicklung</u>       | - Arbeitsamt<br>- Beschäftigungsstruktur, Arbeitsstellenangebot, Umschulungsangebot, Fluktuation, Pendler<br>- Sozialamt<br>- Ursachen und Erscheinungen des Sozialverfalls                                     | Soziologie  |
|  | - Wirtschaftsdezernat<br>- regionale Zweigstruktur und deren Wandel<br>- Perspektiven, Hindernisse  | Politologie |
|  | - Industriebetriebe:<br>Beschäftigte, Qualifikation, Alter<br>Perspektiven, ABM, Kurzarbeit<br>- regionaler Markt<br>- Subventionen   | Ökonomie    |
| und andere gleichwertige Themen  |   |             |

| Lernfeld Demokratie   |  | Jg. 11      |
|---|--|-------------|
| Themenbeispiele   | Mögliche Gegenstände/Probleme  | Disziplinen |
| 1. "Massenmedien - die Vierte Gewalt?" -<br><br>Funktion, Organisation, Einfluß der <u>Massenmedien</u> auf die politische Willensbildung | <ul style="list-style-type: none"> <li>- Information als Unterhaltung</li> <li>- Funktionen</li> <li>- Organisation</li> <li>- Medienvergleich (Presse, Rundfunk, Fernsehen)</li> <li>- Neue Medien</li> <li>- Wirkungen und persönliche Meinungsbildung</li> </ul>  | Soziologie  |
|   | <ul style="list-style-type: none"> <li>- Medienpolitik</li> <li>- Staatsgewalt und Medienmacht</li> <li>- Zensur in der ehemaligen DDR und Artikel 5 GG</li> </ul>   | Politologie |
|   | <ul style="list-style-type: none"> <li>- Information als Ware</li> <li>- Konkurrenz der Medien</li> <li>- Wirtschaftsfaktor Anzeigen</li> <li>- Konzentration in der Presse</li> </ul>   | Ökonomie    |
| 2. "Wir sind das Volk!" -<br><br><u>Demokratie-</u><br><u>modelle im Ver-</u><br><u>gleich</u>  | <ul style="list-style-type: none"> <li>- Menschenbilder als Grundlage der Modelle</li> <li>- Schule als Lernort für Demokratie</li> <li>- Was wollen Bürgerbewegungen?</li> </ul>  | Soziologie  |
|   | <ul style="list-style-type: none"> <li>- Demokratiemodelle (u. a. Volksdemokratie der ehemaligen DDR, parlamentarische Demokratie der BRD, Rätemodell der Schweiz)</li> <li>- Vergangenheitsbearbeitung</li> <li>- Direkte oder repräsentative Demokratie?</li> <li>- Geschichte der Demokratie</li> <li>- Verfassung von Brandenburg - ein Beispiel für Demokratieentwicklung?</li> </ul> | Politologie |
|   | <ul style="list-style-type: none"> <li>- Auswirkungen auf die Wirtschaft</li> </ul>  | Ökonomie    |
| 3. "Zukunft ohne Auto?" -<br><br>Eine <u>Zukunfts-</u><br><u>werkstatt</u> -<br><br>kritisieren -<br>träumen -<br>mitentscheiden          | <ul style="list-style-type: none"> <li>- Umweltschädigung (Gifte, Treibhaus, Lärm, Unfälle)</li> <li>- Städtebau und Lebensumfeld</li> <li>- Mobilitätsverhalten</li> <li>- psychologische Einstellungen (Aggression, Status, Prestige) und Einstellungswandel</li> </ul>  | Soziologie  |
|   | <ul style="list-style-type: none"> <li>- Verkehrspolitik und Asphaltlobby</li> <li>- Städteplanung</li> <li>- Alternative Szenarien (Schiene/Straße, Personen/Güter)</li> </ul>  | Politologie |
|   | <ul style="list-style-type: none"> <li>- Kosten des Autos</li> <li>- Wirtschaftsfaktor Auto</li> <li>- Subventionierung des Verkehrs</li> <li>- Konversion der Autoindustrie</li> <li>- Revolution der Produktionsweise</li> </ul>   | Ökonomie    |
| <b>und andere gleichwertige Themen</b>  |  |             |

| Lernfeld Die Eine Welt  |   | Jg. 11      |
|---|---|-------------|
| Themenbeispiele   | Mögliche Gegenstände/Probleme   | Disziplinen |
| 1. "Entwickeln wir uns zu Tode?" -<br><br><u>Dialektik des Fortschritts</u>   | - Konsum, Verbrauch, Werbung, Verpackung und das Bewußtsein des Konsumenten<br>- Warnungen des CLUB OF ROME                       | Soziologie  |
|   | - Internationale Abkommen, Weltbank, IWF, Gatt - Intentionen und Folgen<br>- Weltwirtschaftspolitik<br>- Weltinnenpolitik         | Politologie |
|   | - Die Wirkungsweise des Weltmarktes<br>- Multinationale Konzerne  | Ökonomie    |
| 2. "Ozonloch und Treibhauseffekt kennen keine Grenzen." -<br><br>Notwendigkeit globaler Zusammenarbeit im <u>Umweltschutz</u> | - Globale Klimakatastrophen (Ursachen, Folgen?)<br>- Entwicklung in der Risikogesellschaft  | Soziologie  |
|   | - Umweltorganisationen<br>- Umweltpolitik (Maßnahmen, Konzepte, Strategien)   | Politologie |
|   | - Umweltzerstörung und wirtschaftliche Ursachen<br>- Grenzen des Wachstums  | Ökonomie    |
| 3. "Gott und die Welt" -<br><br><u>Religion</u> als sozialer, politischer und ökonomischer Faktor                             | - Religionssoziologie: Weltreligionen, Glaubensgemeinschaften, Kirchen:<br>Organisationsstrukturen, Wertvorstellungen, Ideologien | Soziologie  |
|   | - Krieg im Namen von Religionen?<br>- Nationalismus und Religionskonflikte<br>- Fundamentalismus                                  | Politologie |
|   | - Kirche als Institution<br>- Kirchensteuer   | Ökonomie    |
| und andere gleichwertige Themen   |   |             |

## 5.2. Jahrgangsstufe 12

| Lernfeld Gesellschaft   |   | Jg. 12   |
|---|---|--|
| Themenbeispiele   | Mögliche Gegenstände/Probleme   |  |
| 1. "Ihr da oben - wir da unten?" -<br><br><u>Soziale Ungleichheit in Deutschland</u>  | <u>Soziologie:</u><br>- Sozialstruktur, soziale Schichtung, Befunde<br>- Schichtungs-, Klassen-, Disparitäten-, Lebensstiltheoretische Erklärungsansätze  |  |
|   | <u>Ökonomie:</u><br>- Marktvermitteltheit sozialer Prozesse<br>- Unternehmerverbände und Gewerkschaften im Kampf um die Verteilung  | <u>Politologie:</u><br>- Sozialpolitik<br>- Politische Relevanz<br>- Neue Armut  |
| 2. "Gegliederte Schule - gegliederte Gesellschaft? - Bekommt jeder seinen Platz?"<br><br>Bildungssystem und Chancengleichheit | <u>Soziologie:</u><br>- Chancengleichheit und soziale Schichtung<br>- Schicht- bzw. Klassenstrukturbildungen<br>- Bedeutung der Bildung für den einzelnen<br>- Bildung als Selbstverwirklichung<br>- Bildungsexpansion<br>- Rollendifferenzierung zwischen Mann und Frau in Schule und Gesellschaft |  |
|   | <u>Ökonomie:</u><br>- Anforderungen der Wirtschaft an das Bildungssystem<br>- Wirtschaftliche Voraussetzungen für Bildung   | <u>Politologie:</u><br>- Bildungsgesetze<br>- Bildungsprogramme der Parteien und Bürgerbewegungen<br>- Bildungsexplosion,<br>- Bildungsmonopol   |
| 3. "Sorben - eine nationale Minderheit am staatlichen Tropf?" -<br><br><u>Existenzprobleme nationaler Minderheiten</u>        | <u>Soziologie:</u><br>- Dorfgemeinschaft und Tradition<br>- Domowina - Interessenvertretung<br>- Probleme der Sprachentfremdung<br>- Staatliche Förderung und soziale Verwurzelung  |  |
|   | <u>Ökonomie:</u><br>- ökonomische Entwicklung<br>- Energiebezirk<br>- Arbeitskräfte-Migration<br>- Bergbau - Devastierung   | <u>Politologie:</u><br>- historische Betrachtung: Herkunft, Rassengesetze, Faschismus<br>- Anschluß an slawische Staaten nach 1945<br>- Sorben und Sozialismus<br>- Bonner Förderungsbedingungen |
| und andere gleichwertige Themen   |   |  |

| Lernfeld Wirtschaft   |   | Jg. 12   |
|---|---|--|
| Themenbeispiele   | Mögliche Gegenstände/Probleme   |  |
| 1. "Soll der Staat die Wirtschaft lenken?" -<br><br><u>Wirtschaftspolitik in Deutschland</u>  | <u>Ökonomie:</u><br>- Ziele der Wirtschaftspolitik (magisches Viereck) und reale Entwicklung<br>- Theorien und Konzepte (Klassischer Liberalismus, Keynesianische Theorie, Nachfrageorientierte Konjunkturpolitik und neoklassische Wirtschaftspolitik)<br>- Staatsverschuldung   |  |
|   | <u>Soziologie:</u><br>- soziale Auswirkungen der Wirtschaftspolitik<br>- Arbeitslosigkeit und Verteilungskonflikte  | <u>Politologie:</u><br>- Träger und Instrumente der Wirtschaftspolitik und der Konjunkturpolitik<br>- Geld-, Fiskal-, Sozialpolitik  |
| 2. "Nur eine ökologische Produktion ist auf Dauer auch eine ökonomische Produktion!" -<br><br><u>Ökologischer Umbau der Industriegesellschaft</u> | <u>Ökonomie:</u><br>- Ökologischer Umbau der Marktwirtschaft<br>- Das Verhältnis von Ökonomie und Ökologie<br>- Auswirkungen zentralistischer Planwirtschaft auf die Umwelt Brandenburgs, Gefahren für das ökologische Gleichgewicht<br>- Entwicklung von Technik und Produktion<br>- Arbeitsplatzsicherung und ihr Preis |  |
|   | <u>Soziologie:</u><br>- Verbrauchergewohnheiten<br>- Probleme der Lebensqualität<br>- Arbeitsplatzsicherung und Ökologie  | <u>Politologie:</u><br>- Umweltpolitik<br>- Brandenburger Naturschutzgesetz - ein Investitionshemmer?  |
| 3. "Wenn das Schwarze Gold an Wert verliert..."<br><br><u>Braunkohle und andere Energieträger</u>   | <u>Ökonomie:</u><br>- DDR-Staat: Verhältnis Ökonomie-Ökologie<br>- BRD nach Vereinigung: Altlasten, Sanierung, Neubau, sekundäre Industriezweigstruktur<br>- verschiedene Energieträger   |  |
|   | <u>Soziologie:</u><br>- Devastierungsauswirkungen<br>- Verhältnis Mensch-Mensch<br>- Verhältnis Mensch-Natur  | <u>Politologie:</u><br>- DDR-Staat: Energiedirektive, Umgang mit Grund und Boden, Arbeitskräftesituation<br>- BRD nach Vereinigung: Energieanbieter auf dem deutschen Markt, Privatisierung der Staatsbetriebe |
| und andere gleichwertige Themen   |   |  |

| Lernfeld Demokratie   |   | Jg. 12   |
|---|---|--|
| Themenbeispiele   | Mögliche Gegenstände/Probleme   |  |
| 1. "Bürgerbewegung - eine neue politische Kultur?"<br><br><u>Politische Partizipation</u> - Parteien, Bürgerbewegungen und Verbände | <u>Politologie:</u><br>- Demokratietheorien, Pluralismustheorie, Neokorporatismus<br>- Parteienstruktur<br>- Bundestag im politischen Prozeß<br>- Gesetzesentstehungsprozeß               |  |
|   | <u>Soziologie:</u><br>- Soziologische Theorien (z. B. Disparitätstheorie)<br>- Interessengruppen - Funktion und Einfluß   | <u>Ökonomie:</u><br>- Wirtschaftspolitik<br>- Einfluß wirtschaftlicher Interessengruppen auf Mandatsträger und Behörden<br>- Parteispenden |
| 2. "Wie bestimmend sind Prinzipien?" -<br><br><u>Schulverfassung, Landesverfassung, Grundgesetz</u>                                 | <u>Politologie:</u><br>- Die Bedeutung von Prämissen für die praktische Politik<br>- Verfassungsideal und Wirklichkeit<br>- Demokratische Kultur<br>- Wahlen und Gewaltenteilung          |  |
|   | <u>Soziologie:</u><br>- Interessenkonflikte und Auseinandersetzungsmöglichkeiten in einer demokratischen Gesellschaft<br>- Partizipationsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger         | <u>Ökonomie:</u><br>- Bindung der Wirtschaft an Verfassungsgrundsätze<br>- Kontrolle der Wirtschaft durch die parlamentarische Demokratie  |
| 3. "Rückgabe vor Entschädigung?" -<br><br><u>Der Einigungsvertrag und seine Folgen</u>  | <u>Politologie:</u><br>- Interessen von Eigentümern<br>- gesellschaftliches Recht auf Grund und Boden (Systeme/Verfassungen)<br>- Gesellschaftliche Lösungsangebote<br>- Parteienposition |  |
|   | <u>Soziologie:</u><br>- Soziale Einbettung<br>- Identifikation mit Wohnung<br>- Nischengesellschaft<br>- Wohnung in einer mobilen Gesellschaft  | <u>Ökonomie:</u><br>- Pacht und Mieten<br>- Entschädigung angemessen?  |
| und andere gleichwertige Themen   |   |  |

| Lernfeld Die Eine Welt   |  | Jahrgangsstufe 12   |  |
|--|--|---|--|
| Themenbeispiele  | Mögliche Gegenstände/Probleme und Disziplinen  |   |  |
| <p>1. "Die vereinigten Staaten von Europa - eine Utopie?" -</p> <p><u>Einheitsbestrebungen und nationale/-regionale Egoismen</u></p> | <p><u>Soziologie:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Verhältnis von Globalisierung der Regionalisierung</li> <li>- Auswirkungen von Traditionen</li> <li>- Großgruppenidentität</li> </ul>                                   | <p><u>Politologie:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Probleme der Integration Osteuropas</li> <li>- Asylpolitik</li> <li>- Europäische Institutionen und ihr Beitrag zum Frieden in Europa</li> <li>- Migrationsbewegungen</li> <li>- Wohlstandsgefälle</li> <li>- Nachbarschaft Brandenburgs mit Polen</li> <li>- Nationalisierung als Antwort auf die zunehmende Globalisierung</li> </ul> | <p><u>Ökonomie:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Ökonomische Probleme nach dem Zerfall Osteuropas</li> <li>- europäische Strukturpolitik</li> <li>- europäisches Währungssystem</li> </ul> |
| <p>2. "Arm und reich in einem Boot?" -</p> <p><u>Dritte Welt - Fortschritt und Unterentwicklung</u></p>                              | <p><u>Soziologie:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Nord und Süd: Konfrontation oder Partnerschaft?</li> <li>- Vom Kolonialismus zur Blockfreiheit</li> <li>- Unterentwicklung: Theorien, Konzepte, Kontroversen</li> </ul> | <p><u>Politologie:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Entwicklungspolitik</li> <li>- UNO</li> </ul>   | <p><u>Ökonomie:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Schuldenkrise</li> <li>- Multinationale Konzerne</li> <li>- Weltwirtschaftsordnung</li> </ul>   |
| <p>3. "Muß dieser Krieg denn sein?" -</p> <p><u>Aktuelle Konflikte und Regelungsversuche</u></p>                                     | <p><u>Soziologie:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Soziale Strukturen</li> <li>- Traditionen</li> </ul>  | <p><u>Politologie:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Institutionen der Staatengemeinschaft(en) zur Konfliktregelung</li> </ul>   | <p><u>Ökonomie:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Ökonomische Interessen der Beteiligten</li> </ul>   |
| und andere gleichwertige Themen  |  |   |  |

### 5.3. Jahrgangsstufe 13

(Die Themenvorschläge für die Jahrgangsstufe 13 (Grund- und Leistungskurse) werden bis zum Schuljahr 1993/94 nachgeliefert.)

## 6. Anhang

(Quelle: Einheitliche Prüfungsanforderungen in der Abiturprüfung Sozialkunde/Politik.  
Beschuß der Kultusministerkonferenz von Dezember 1989)

### Anforderungsbereich I

Der Anforderungsbereich I umfaßt

- die Wiedergabe von Sachverhalten aus einem abgegrenzten Gebiet im gelernten Zusammenhang,
- die Beschreibung und Darstellung gelernter und geübter Arbeitstechniken in einem begrenzten Gebiet und einem wiederholenden Zusammenhang

### A Inhaltsbezogene Kenntnisse und Fähigkeiten

Wiedergeben von Sachverhalten

1. Grundtatsachen gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und politischer Realität  
(z. B. soziale Gruppe, ökonomisches Prinzip, Interessenpluralität, Staat)
2. Ereignisse und Daten zur Bearbeitung eines Sachverhaltes  
(z. B. Verkündung des Grundgesetzes, Mitgliederzahlen von Parteien und Verbänden, Lohn- und Gewinnquote)
3. Fachwissenschaftliche Begriffe  
(z. B. Sozialisation, Investitionsquote, Konjunktur, Partizipation, politisches System, Föderalismus)
4. Prozesse  
(z. B. Soziale Differenzierung, Strukturwandel, Europäische Einigung)
5. Ordnungen und Strukturen  
(z. B. Parlamentarische Demokratie - Volksdemokratie; Soziale Marktwirtschaft - Zentralverwaltungs-wirtschaft; Schichtung der Gesellschaft, Erwerbstätigenstruktur)
6. Normen und Konventionen  
(z. B. Menschenwürde - Menschenrechte - Grundrechte; Gesetze; Sozialstaatsgebot; Subsidiarität; Europäisches Währungssystem; Sitte und Brauch)
7. Kategorien zur Erschließung von politischen Ausgangslagen, Problem- und Konfliktfeldern, zur Beurteilung von Zielvorstellungen und zur Beurteilung von praktizierten und diskutierten Maßnahmen  
(z. B. Interesse, Konflikt, Recht, Macht, Herrschaft, Ideologie; Verhältnismäßigkeit, Zumutbarkeit; Umweltverträglichkeit, Sozialpflichtigkeit, soziale Gerechtigkeit; Partizipation, Freiheit, Frieden; Menschenwürde als regulative Idee)
8. Theorien, Modelle und wissenschaftliche Kontroversen  
(z. B. Demokratietheorien, Entwicklungstheorien; Schichtenmodelle, Wirtschaftsordnungsmodelle, Staatsformen; Monetarismus - Fiskalismus)

### B Methodenbezogene Kenntnisse und Fähigkeiten

Kennen von

1. Darstellungsformen  
(z. B. Bericht, Kommentar, Interview, Rede, Gesetzestext, Programm, Dokument, wissenschaftliche Darstellung; Diagramm, Schaubild, Karte graphische Darstellung, Statistik)
2. Arbeitstechniken der gesellschaftswissenschaftlichen Disziplinen und von methodischen Schritten bei der Bearbeitung von Aufgaben  
(z. B. Umgang - Wiedergabe, Analyse, Erörterung - mit Texten, Graphiken, Statistiken; Arbeitsmethoden und methodische Schritte bei der Durchführung von Erhebungen und Befragungen, (z. B. Interviewtechnik, Inhaltsanalyse; Beobachtung)

3. verschiedene Ansätze zur Erschließung desselben Sachverhaltes/Problems  
(z. B. Schicht - Klasse; funktionaler bzw. systemtheoretischer Ansatz)

### *Anforderungsbereich II*

Der Anforderungsbereich II umfaßt

- selbständiges Erklären, Bearbeiten und Ordnen bekannter Sachverhalte
- selbständiges Anwenden und Übertragen des Gelernten auf vergleichbare Sachverhalte

#### **A Inhaltsbezogene Kenntnisse und Fähigkeiten**

Selbständiges Erklären und Anwenden des Gelernten und Verstandenen

1. Erklären von Sachverhalten  
(z. B. Entstehung von Vorurteilen, Konjunkturzyklen, Gesetzgebungsprozeß, Verschuldungskrise der Dritten Welt)
2. Verarbeiten, Ordnen und Vergleichen unter bestimmten Fragestellungen  
(z. B. Auswirkungen der Arbeitslosigkeit; Einfluß der am Gesetzgebungsprozeß beteiligten Organe; Zielkonflikt zwischen Europäischer Integration und deutscher Einheit; Menschenbild und Herrschaftsverständnis bei Hobbes, Locke und Rousseau)
3. Untersuchen bekannter Sachverhalte mit Hilfe von neuen Fragestellungen  
(z. B. das Mieterschutzgesetz unter ökonomischen und sozialen Gesichtspunkten untersuchen; nach Behandlung der Grundrechte die Gleichstellung der Frau und die Quotenregelung untersuchen; bekannte israelische und arabische Friedensvorstellungen aufgrund aktueller Entwicklungen auf ihre Realisierbarkeit hin überprüfen)
4. Verknüpfen erworbener Kenntnisse und gewonnener Einsichten mit neuen Sachverhalten und deren Verarbeitung in neuen Zusammenhängen; Analysieren neuer Sachverhalte  
(z. B. Theorien und Modelle in bezug auf historische oder aktuelle gesellschaftliche Sachverhalte erläutern; verschiedene Auffassungen von Demokratisierung auf ein bestimmtes Entscheidungsfeld, etwa den Industriebetrieb, anwenden; das konjunkturpolitische Gutachten des Sachverständigenrates auf monetaristische bzw. fiskalistische Vorstellungen hin untersuchen; die Energieverknappung auf mögliche Auswirkungen hin untersuchen)

#### **B Methodenbezogene Kenntnisse und Fähigkeiten**

Anwenden von fach- und sachadäquaten Methoden und Arbeitstechniken

1. bei der Darstellung von Sachverhalten  
(z. B. Informationen in Übersichten anordnen; Sachverhalte gliedern und Ergebnisse in Thesen zusammenfassen; Ereignisse in Ablaufdiagrammen darstellen, wie etwa den Übergang von der Agrargesellschaft zur Industriegesellschaft in bezug auf die Bevölkerungsentwicklung)
2. bei der Übertragung in andere Darstellungsformen  
(z. B. statistische Angaben in eine Graphik übertragen; eine Graphik/Statistik verbalisieren; einen Text graphisch veranschaulichen)
3. bei der Erschließung von Arbeitsmaterial  
(z. B. Auswertung von Texten und Statistiken unter Berücksichtigung von Entstehungs- und Verwendungszusammenhängen; Analyse von Wahlergebnissen, Konjunkturdaten, Einkommensverteilung)

### Anforderungsbereich III

Der Anforderungsbereich III umfaßt das planmäßige Verarbeiten komplexer Gegebenheiten mit dem Ziel, zu selbständigen Begründungen, Folgerungen, Deutungen und Wertungen zu gelangen.

#### A Inhaltsbezogene Kenntnisse und Fähigkeiten

Problembezogenes Denken, Urteilen, Begründen

1. Einbeziehen erworbener Kenntnisse und erlangter Einsichten bei der Begründung eines selbständigen Urteils
  - ein eigenes Urteil treffen und durch sachbezogene Kenntnisse stützen  
(z. B. Möglichkeiten politischer Beteiligung in beiden deutschen Staaten vergleichend beurteilen; die Erhöhung des Diskontsatzes als ein Mittel zur Erhaltung der Geldwertstabilität beurteilen; Technikfolgen abschätzen)
  - das eigene Urteil in einen theoretischen Zusammenhang einordnen; begründen, warum konkurrierende Ansätze verworfen werden  
(z. B. die Entscheidung für die parlamentarische Demokratie der Bundesrepublik Deutschland zu Demokratietheorien in Beziehung setzen und begründen; Vorschläge zum Abbau der Arbeitslosigkeit wirtschaftspolitischen Konzeptionen zuordnen und gegeneinander abwägen)
2. Interdependenzen sozialer, ökonomischer, rechtlicher, politischer Prozesse bei der Urteilsfindung berücksichtigen  
(z. B. die Abkommen von Lomé aus der Sichtweise von Entwicklungsländern und Industrieländern beurteilen; den Primat der Außen- oder Innenpolitik am Beispiel aktueller Abrüstungsvorschläge erörtern und beurteilen; die Ergebnisse des KSZE-Prozesses unter Berücksichtigung von Systemunterschieden einschätzen; Auswirkungen der Neuen Technologien in wirtschaftlicher, politischer, rechtlicher und gesellschaftlicher Hinsicht erörtern)
3. Erkennen der Bedeutung der Aussagefähigkeit von Begriffen und Informationen und Berücksichtigung ihrer zeit- und standortbedingten Verwendung  
(z. B. Aussagewert von Angaben zum Bruttosozialprodukt im Hinblick auf quantitatives und qualitatives Wirtschaftswachstum feststellen; dabei an fachlich relevantem Material
  - die interessenbedingte Auswahl von Informationen feststellen
  - die Standortgebundenheit eines Textes erkennen,
  - bei der Beurteilung einer politischen Theorie den historischen Entstehungszusammenhang berücksichtigen)
4. Reflektieren von Normen, Konventionen, Zielsetzungen und Theorien  
(z. B. wirtschaftliche Zielsetzungen im Rahmen bestimmter Wirtschaftsordnungen reflektieren; Rechtsstaatsidee reflektieren und auf ihre Prämissen befragen; bei der Beurteilung der politischen Theorie eines Autors seine anthropologische Position berücksichtigen)
5. Problematisieren von Sachverhalten und Darstellungen durch selbständig entwickelte Aspekte, Erörtern oder Prüfen von Hypothesen, Aufzeigen von Alternativen und deren Überprüfung auf ihre Realisierbarkeit im jeweiligen Bedingungsfeld  
(z. B. Möglichkeiten zur Integration von Übersiedlern, Aussiedlern und Ausländern prüfen und bewerten; Vorschläge für geldpolitische Maßnahmen in bestimmten konjunkturellen Situationen entwickeln und begründen, Vorschläge zur Parlamentsreform auf ihre Realisierungsbedingungen und auf ihr Parlamentsverständnis hin vergleichen und beurteilen)

#### B Methodenbezogene Kenntnisse und Fähigkeiten

1. Beurteilen von Methoden  
Verschiedene methodische Ansätze zur Erschließung eines Sachverhaltes erörtern; den eingeschlagenen Lösungsweg begründen  
(z. B. verschiedene Möglichkeiten der Interpretation von Quellentexten im Hinblick auf die Aufgabenstellung erörtern; textimmanente Interpretationen oder Interpretationen hinsichtlich der Standort- oder Interessengebundenheit des Verfassers oder Vergleich der Textaussagen mit empirischem Material; Entwicklung einer Strategie zur Lösung eines Falles.

## 2. Prüfen von Methoden

- im Hinblick auf ihre Leistung für die Erschließung von Sachverhalten  
(z. B. Graphiken, Statistiken auf ihre Aussagekraft hin untersuchen; die zur Aufschlüsselung eines internationalen Konfliktes gewählten Kategorien durch Vergleich mit anderen, nicht gewählten Kategorien für den konkreten Fall überprüfen),
- im Hinblick auf immanente Wertungen und Auswahlkriterien  
(z. B. autobiographische Texte oder wissenschaftliche Darstellungen daraufhin untersuchen, inwieweit die Perspektive des Verfassers durch seinen sozialen Standort, sein Weltbild oder seine Interessenlage bestimmt ist; Lücken in der Auswahl von statistischem Material erkennen, die zu Verzerrungen oder Einseitigkeiten führen; Analyse von vorgegebenen alternativen Lösungsstrategien, bezogen auf ein konkretes Problem)

## 3. Prüfen von Darstellungsformen auf ihre Aussagekraft

(z. B. Prüfen, ob oder inwieweit statistische oder graphische Darstellungsformen sachadäquat und anschaulich sind: Stab-, Säulen, Kreisdiagramme; Überhöhungsmaßstab; Farbgebung)

Verlag und Versand: Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH  
Karl-Liebknecht-Straße (Universität), O-1574 Golm  
Telefon 9 76 23 01, Telefax 9 76 23 09  
Einzelbestellungen können nur beim Verlag vorgenommen werden.  
Preis des Einzelheftes 9,15 DM incl. Porto, Versand und Mwst.